

Eine Auswertung im Rahmen des BKA-Forschungsprojekts

Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)

Projektidee

Dr. Uwe E. Kemmesies

Projektleitung

Dipl. Päd. Saskia Lützing

Dipl. Verww. (FH) Florian Gruber

Kontakt

Bundeskriminalamt
IZ32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE)
65173 Wiesbaden

IZ32@bka.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	4
2 Methodisches Vorgehen	7
3 Extremismusprävention in Deutschland	9
3.1 Staatliche und zivilgesellschaftliche Prävention im Vergleich.....	16
3.1.1 Rechtsextremismusprävention.....	20
3.1.2 Linksextremismusprävention	22
3.1.3 Islamismusprävention.....	23
3.1.4 Allgemeine Extremismusprävention.....	25
3.1.5 Vergleich PMK mit Präventionsangebot.....	27
4 Zusammenfassung	30
5 Fazit und Ausblick	35

Literaturverzeichnis

Anhang A – Angeforderte Informationen zu den Einzelmaßnahmen

Anhang B – Fragenkatalog Nacherhebung

1 Einleitung

Der hier vorliegende Bericht dokumentiert die abschließenden Ergebnisse einer Erhebung der Extremismus-Präventionslandschaft in Deutschland, die als Modul III im Rahmen eines umfänglicheren, modular aufgebauten BKA-Forschungsprojekts (sog. PüG-Projekt¹) umgesetzt wurde.

Mit dem Ziel, Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität auszuloten, verfolgt das PüG-Projekt den Ansatz, Extremismusprävention stärker an den individuellen Belangen und Problemlagen radikalierungsgefährdeter/radikalierter Personen anzusetzen. Ausgangspunkt für diesen unmittelbar zielgruppenorientierten Zugang bildeten eigene Forschungserkenntnisse, die Gemeinsamkeiten in den psychosozialen Verlaufsdynamiken unterschiedlich orientierter Terroristen/Extremisten offenbarte und eine vornehmlich marginale Rolle der Ideologien deutlich werden ließen². Hieran anknüpfend wurden in einem ersten Schritt (Modul II) die Befunde der Radikalisierungsforschung zur Frage der Bedingungsfaktoren politisch motivierter (Gewalt-)Kriminalität analysiert.

Aus insgesamt 30 Radikalisierungs- und Einstellungsstudien zu den Bereichen Rechts-/Linksextremismus und Islamismus gingen hierbei folgende zentrale Befunde hervor:

- Bei der Mehrzahl der befragten Personen konnte keine verfestigte Ideologisierung festgestellt werden. In der Regel wiesen die Befragten eine aus ideologischen Versatzstücken bestehende Weltanschauung auf, die weniger Ausdruck einer gefestigten und konturierten ideologiebasierten Überzeugung war, sondern in erster Linie der Legitimierung der eigenen Taten diene (Eilers, Gruber & Kemmesies, 2015, S. 33f). Dementsprechend lagen den begangenen Straftaten häufig andere als ideologische Motive zugrunde. Als handlungsleitend erwiesen sich in diesem Kontext vor allem emotionale Bedürfnislagen sowie gruppendynamische Prozesse (ebd., S.33f).
- Links- und islamistisch orientierte Akteure wiesen ein deutlich höheres Bildungsniveau und entsprechend höhere Bildungsabschlüsse als rechtsorientierte Personen auf. Für alle drei Personengruppen galt jedoch, dass die mit einer Integration in den Arbeitsmarkt verbundenen identitätsstärkenden Kompetenzerfahrungen, Anerken-

¹ Das aus insgesamt fünf Modulen bestehende Projekt, welches bereits seit 2014 von der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) im BKA verfolgt wird, begreift Extremismusprävention ganzheitlich und multiperspektivisch. Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen fließen daher auch die Erfahrungen staatlicher und ziviler Träger sowie von Fachpersonal, das im direkten Umgang mit radikalisierten Personen arbeitet, mit ein. Im Einzelnen gliedert sich das Projekt in fünf Teilabschnitte, die größtenteils bereits abgeschlossen sind: **Modul I und V:** Begleitende Expertenworkshops (abgeschlossen); **Modul II:** Literaturanalyse (abgeschlossen); **Modul III:** Erhebung der Präventionslandschaft (abgeschlossen), **Modul IV:** Expertenbefragung (abgeschlossen)

² vgl. Lützing, S. (2010): Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Wolters Kluwer, Köln.

nung und Perspektiven häufig verwehrt blieben, wodurch Radikalisierungsprozesse in Richtung Gewalthandlungen befördert wurden (ebd., S.42f).

- Rechtsorientierte Akteure wiesen häufig ein den Alltag im Beruf und der Familie beeinträchtigendes und augenscheinlich Gewalthandlungen motivierendes Alkoholkonsumverhalten auf, von dem offenbar nicht selten gewaltfördernde Gruppendynamiken ausgelöst werden. Bei linksextremistisch motivierten Gewaltakteuren/-handlungen lässt sich ein vergleichbares Muster drogeninduzierter Gewalthandlungen nicht erkennen. Dies gilt ebenso für den islamistisch motivierten Personenkreis, bei dem allenfalls ein Konsum psychoaktiver Substanzen (neben Alkohol auch illegale Drogen) im Zeitraum vor der Radikalisierung feststellbar war, der mit zunehmender Hinwendung zum Islamismus jedoch in aller Regel eingestellt wurde (ebd., S. 50f).
- In allen drei Phänomenbereichen lässt sich eine deutliche Anzahl an Personen feststellen, die bereits polizeilich in Erscheinung getreten sind. Insbesondere rechtsorientierte Straftäter wiesen polymorphe Erkenntnisse mit einem erkennbaren Schwerpunkt bei Gewaltstraftaten auf. Ein ähnliches Muster gilt auch für die islamistisch orientierten Personen, wobei deren präradikal polymorphe Strafverübung sich mit der Hinwendung zum islamistischen Extremismus jedoch zumeist nahezu vollständig in den Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) verlagerte. Linksorientierte Personen hingegen fielen insgesamt seltener auf und wurden wenn überhaupt, dann in der Regel primär im Bereich PMK auffällig (ebd., S. 58f).
- Vor allem für rechtsorientierte Jugendliche lässt sich ein Mangel in der Qualität der innerfamiliären Beziehungen feststellen, die häufig durch ein emotional gestörtes Familienklima, dysfunktionale Bewältigungsstrategien, Gewalterfahrungen und missbräuchlichen Alkoholkonsum gekennzeichnet waren. Auch bezüglich der familiären Sozialisation links- und islamistisch orientierter Personen scheinen die Gründe, die zum Anschluss an radikale Gruppierungen führen, eher soziale und identitätsstiftende Aspekte zu sein, wie etwa der Wunsch nach Zugehörigkeit, Anerkennung oder Statuswerb, deren Erfüllung im Elternhaus versagt bleiben (ebd., S.66f).
- Als relevantester Faktor im Prozess der Radikalisierung kann – phänomenunabhängig – der Freundeskreis, bzw. die Peergroup angesehen werden. Der Gruppe kam zumeist eine Kompensationsfunktion für die in den Elternhäusern nicht erlebte soziale und emotionale Unterstützung aber auch für fehlende soziale Anerkennung in anderen sozialen Bereichen zu (z. B. in Schule oder Beruf). Gründe für den Anschluss an die jeweiligen Gruppierungen waren in der überwiegenden Anzahl der Fälle daher weniger in der ideologischen Orientierung zu finden, sondern eher in Faktoren wie sozialer Isolation aufgrund eigener Verhaltensauffälligkeiten, konfliktbehafteten Elternhäusern oder Lebens- und Identitätskrisen. Eine Ideologie bildete sich zumeist erst im gruppendynamischen Geschehen heraus und dieser kommt dann eher die Funktion eines Jargons zu, welcher der Positionierung innerhalb der eigenen Gruppe aber vor

allem auch der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen und der Legitimierung von Straftaten dient (ebd., S.71f).

Die hier skizzierten Ergebnisse legen dar, dass trotz augenfälliger Unterschiede zwischen den Phänomenbereichen – etwa hinsichtlich der auslösenden Faktoren der Radikalisierung - Gemeinsamkeiten bestehen, die phänomenübergreifende Ansätze insbesondere im Bereich universeller Prävention, etwa in Form von politischen Bildungsangeboten, sowie der indizierten Prävention, etwa in Form von Resozialisierungsmaßnahmen nach einer bereits erfolgten Straffälligkeit, sinnvoll erscheinen lassen. Darüber hinaus lassen die Untersuchungsergebnisse den Schluss zu, dass eine in erster Linie die jeweilige Ideologie fokussierende Prävention nicht an den tatsächlichen Bedürfnislagen (Risikofaktoren) Radikalisierter bzw. von Radikalisierung Gefährdeter ansetzt.

Im hier vorliegenden Bericht wird es ganz im Sinne dieser Erkenntnislage auch darum gehen zu prüfen, wie es um das Verhältnis von Angebot und Erfordernis bestellt ist.

2 Methodisches Vorgehen

Die hier vorliegende Untersuchung fußt auf der Erhebung von insgesamt 721 in 2014/2015 realisierten Extremismus-Präventionsprojekten, welche über insgesamt 43 relevante Präventionsakteure³ erhoben und hinsichtlich verschiedener Kriterien ausgewertet wurden. Zu den untersuchungsrelevanten Aspekten zählten: Trägerschaft, Präventionsart und -gegenstand, lokale Verortung und Reichweite, Projektziele, Zielgruppen, Arbeitsweise (zentrale Ansätze, Kommunikation mit den Zielgruppen), soziostrukturelle Einordnung des Ansatzes, Evaluation sowie etwaige Besonderheiten.

Bei der **Einteilung nach Trägerschaft** stand bewusst das Prinzip der „konkreten Arbeit“ im Vordergrund und nicht das der Beauftragung und Finanzierung. So wurden ausschließlich Projekte als „staatlich getragen“ definiert, die von einer staatlichen Organisationseinheit unmittelbar an einer entsprechenden Zielgruppe angewandt wurden. Ist hingegen ein privater Verein mit der Wahrnehmung der Aufgaben betraut gewesen, wurde das Projekt in Folge unter zivilgesellschaftlicher Trägerschaft erfasst.

Die Kontaktierung der Präventionsakteure erfolgte mittels eines Anschreibens, in dem neben der Vorstellung des Gesamtprojektkontextes darum gebeten wurde, bekannte Extremismus-Präventionsprojekte zu benennen und möglichst bereits projektbezogene Informationen zu übermitteln (vgl. Anhang A). Unter **Projekt** wurde in diesem Zusammenhang jedes konkretisierte Vorhaben erfasst, das die Prävention von Extremismus oder Politisch motivierter Kriminalität zum Ziel hat (z. B. Beratungsstelle, politische Bildung, Netzwerkbildung, Deradikalisierung).

Anders als erwartet, wurden überwiegend Auflistungen von bis zu mehreren Hundert Projekten übersandt, zu denen im Einzelnen jedoch keine weiteren Informationen übermittelt wurden. Hierdurch wurden intensive Nachrecherchen im Sinne einer Nacherhebung erforderlich (vgl. Anhang B). Von den ursprünglich übermittelten ca. 2000 Projekten gingen letztlich 721 in die Auswertung mit ein. Als Auswahlkriterien wurden zum einen der Bezug zur Extremismusprävention herangezogen, zum anderen wurden nur solche Projekte mit einbezogen, die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Mai 2015 mindestens einen Tag in der Durchführung befindlich waren („laufende Projekte“).

Als Datengrundlage wurden die im Internet abrufbaren Selbstdarstellungen der einzelnen Projekte sowie – sofern übermittelt oder online abrufbar – Broschüren bzw. von den Trägern

³ Abgefragt wurden: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Initiative Demokratie stärken, Toleranz fördern-Kompetenz stärken), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Beratungsstelle Radikalisierung, Deutsche Islamkonferenz), Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesinnenministerium Berlin (Initiative Sicherheitspartnerschaft), Bundesinnenministerium Bonn (Deutsches Forum Kriminalprävention), Bundesjustizamt (Referat für Prävention), Bundespolizei, Bundeszentrale für politische Bildung (Zusammenhalt durch Teilhabe, Fachbereich Extremismus), Deutsche Hochschule der Polizei (Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention), Deutsches Jugendinstitut e. V., Landesämter für Verfassungsschutz, Landeskriminalämter (Kriminalprävention Politisch motivierte Kriminalität, Zentrale Geschäftsstelle ProPK). Ergänzend wurde das BKA-interne Wissen zu Präventionsprojekten mit einbezogen.

übersandte Informationen heran gezogen. Entsprechend diesem Vorgehen basieren die erhobenen Informationen vornehmlich auf Eigenaussagen von Seiten der Projekte bzw. deren Träger. Inwiefern sich die gelebte Praxis von dieser Darstellung unterscheidet, kann anhand der hiesigen Untersuchung nicht beantwortet werden. Wohl aber liefert die Auswertung Erkenntnisse darüber, wie sich die komplexe, ausgesprochen heterogene Extremismusprävention in Deutschland thematisch selbst begreift und darstellt.

3 Extremismusprävention in Deutschland

Die insgesamt 721 Projekte verteilen sich zu nahezu gleichen Anteilen auf staatliche (47%, n=336) und zivilgesellschaftliche Trägerschaft (53%, n=385). Mit etwa einem Drittel Anteil an der Gesamtstichprobe dominieren landesweite Projekte. Kommunale, regionale und bundesweite Projekte sind mit je ca. 20% etwa gleich stark vertreten.

Ein Blick auf die Verteilung nach Bundesländern zeigt, dass – abzüglich bundesweiter Initiativen – die Länder Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen insgesamt ein Drittel aller gemeldeten Projekte auf sich vereinen⁴. Projekte aus den Bundesländern Bayern und Rheinland-Pfalz wurden hingegen auffallend selten erfasst. Dies bedeutet jedoch nicht zwingend, dass dort wenig zur Vorbeugung des Extremismus getan wird. Ganz im Gegenteil ist dies sehr wahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass (zivilgesellschaftliche) Projekte dort stärker über andere Träger, etwa Kommunen, konfessionelle Träger o. Ä. gefördert werden und den von uns angefragten Institutionen daher nicht bekannt waren. Die Erhebung der staatlich getragenen Projekte dagegen kann als quasi vollumfänglich betrachtet werden.

Bei der Gegenüberstellung von Ost und West zeigt sich, dass etwas mehr als die Hälfte der erfassten Projekte im Osten (53%) zu verorten sind⁵. Auch unter Berücksichtigung einer dürftigen Projektlage aus zwei großen, westdeutschen Bundesländern deutet dies darauf hin, dass sich in Ostdeutschland, was nur etwa 20% der Bundesbevölkerung auf sich vereint, deutlich intensivere Präventionsbemühungen finden lassen. Dies steht im Einklang mit dem dort nachweislich höheren Aufkommen an Politisch motivierter Kriminalität (PMK) allgemein sowie darunter politisch motivierter Gewaltkriminalität (PMK-G)⁶.

Insgesamt lassen sich zwei Typen von Projekten unterscheiden, die unterschiedlich stark vertreten sind:

⁴ Dies korrespondiert auch mit den Einwohnerzahlen der hier genannten Länder, welche knapp ein Drittel aller Einwohner der BRD ausmachen.

⁵ Berechnung erfolgte unter Vernachlässigung bundesweit agierender bzw. abrufbarer Projekte (n=150). Hierunter fallen nach hiesigem Verständnis auch Internetprojekte, sofern der Zugang nicht nur einer speziellen Zielgruppe möglich ist (z.B. Jugendliche aus Stadt X, die sich über ein Passwort einloggen).

⁶ Durchschnittliche Anzahl von PMK-Straftaten pro 100TSD Einwohner Ost/West: 83 gegenüber 30; PMK -rechts- 47 gegenüber 14; PMK-G pro 100TSD Einwohner: 9 gegenüber 3; PMK-G -rechts-: 3 gegenüber 1. Diese und alle folgenden Berechnungen erfolgten auf Basis veröffentlichter Lagebilder Politisch motivierter Kriminalität (Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg 2015, Der Polizeipräsident Berlin 2015, Deutscher Bundestag 2015, Bundesministerium des Innern 2015, Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern 2015, Sächsisches Staatsministerium des Innern 2016, Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt 2015, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2015 sowie Statistisches Bundesamt (DESTATIS) 2015; vgl. Literaturverzeichnis).

1. Vernetzungsprojekte (25%)

Primär netzwerkorientierte Projekte mit dem Ziel der formellen Vernetzung. Hiervon machen die sog. Lokalen Aktionspläne (LAP)⁷ den prozentual größten Anteil aus. Weitere typische Vernetzungsprojekte sind Demokratiezentren, Koordinierungsstellen und Beratungsnetzwerke. Einzelprojekte, die in diesen Netzwerken eingebunden sind, wurden – sofern konkret mit Extremismusprävention befasst bzw. gemeldet – einzeln erfasst (als sog. „klassische Projekte“).

2. Klassische Projekte (75%)

Zeitlich begrenzte Vorhaben mit konkreter, präventionspraktischer Zielvorgabe wie etwa die Konzeption einer Schulungsmaßnahme oder die Erstellung eines Medienpakets⁸.

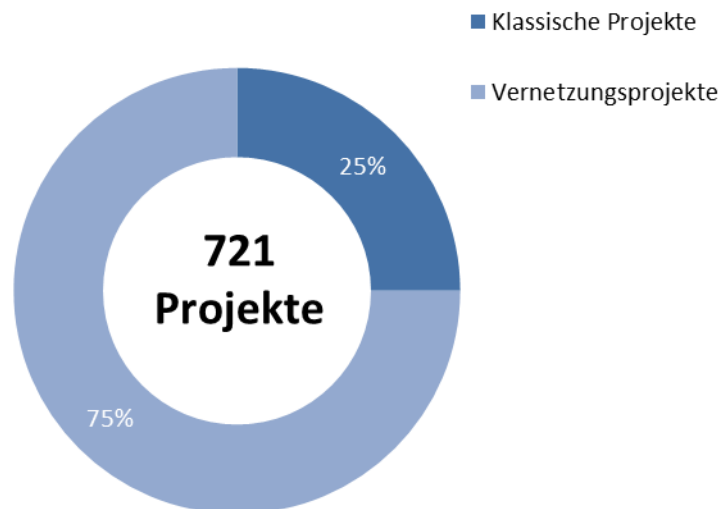


Abb. 1 : Unterteilung der Projekte nach Projekttyp

Zwischen Ost- und Westdeutschland ergeben sich nur geringfügige Abweichungen, die jedoch nicht signifikant sind (Vernetzungsprojekte – Ost 73%, West 77%).

Hinsichtlich ihrer **Ausrichtung und thematischen Schwerpunktsetzung** lassen sich nicht alle Projekte problemlos einem einzelnen Präventionsgegenstand, d. h. Rechtsextremismus, Linksextremismus bzw. religiös motiviertem Extremismus, zuordnen. Ganz im Sinne der Idee

⁷ Strategien der lokalen Vernetzung demokratischer Kräfte zur Abwehr rechtsextremer Bestrebungen im Rahmen des Bundesförderprogramms „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ (vgl. <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/> 07.04.2016, 08:38 Uhr).

⁸ Im Sinne sozialer Nachhaltigkeit finden sich hierunter jedoch auch verstetigte bzw. als Daueraufgabe fortgeführte Projekte, wie etwa vertrauensbildende Maßnahmen.

einer phänomenübergreifenden Prävention finden sich unter den erhobenen Projekten bereits zahlreiche Vorhaben, die explizit mehrere Phänomenbereiche adressieren beziehungsweise solche, die ganz allgemein gehalten „Extremismus“ vorbeugen, ohne sich dabei per se auf eine bestimmte Richtung festzulegen.

Drei Arten von Projekten lassen sich unterscheiden:

1. Phänomenspezifische Projekte

Projekte, die sich ausschließlich mit einem Phänomenfeld befassen. Diese machen mit 76% die überwiegende Mehrheit der hier untersuchten Projekte aus und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Phänomenfelder: Rechtsextremismus 83%, Islamismus 13%, Linksextremismus 3%, sonstige (d.h. ohne Islamismus) Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK)⁹ 1%.

2. Phänomenübergreifende Projekte

Projekte, die mindestens zwei der Felder „Rechts“, „Links“, „Islamismus“, „sonstige Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ bzw. „Extremismus allgemein“ abdecken. Dies gilt für 13% der Projekte, wovon solche, die zwei Phänomenfelder abdecken, mit 86% den größten Anteil ausmachen. 92% der phänomenübergreifenden Projekte fokussieren mitunter Rechtsextremismusprävention, womit diese hier am stärksten vertreten ist; knapp drei Viertel der Projekte sind neben einer konkreten Spezialisierung auch für „Extremismus allgemein“ offen, ohne hier eine Eingrenzung vorzunehmen. Zusammen stellen „Rechtsextremismusprävention“ und „Extremismus allgemein“ die am häufigsten vertretende Kombination dar. Zweithäufigste Kombination ist die Integration von rechts - mit islamismuspräventiven Ansätzen.

3. Phänomenunspezifische Projekte

Projekte, die sich ganz allgemein die Prävention von Extremismus zum Ziel gesetzt haben, ohne dabei ein konkretes Phänomenfeld zu adressieren. Dies gilt für 11% der untersuchten Projekte.

⁹ Der Politisch motivierten Ausländerkriminalität (PMAK) werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Taten oder der Erkenntnisse über die Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung der Täter entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet war, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland zu beeinflussen.

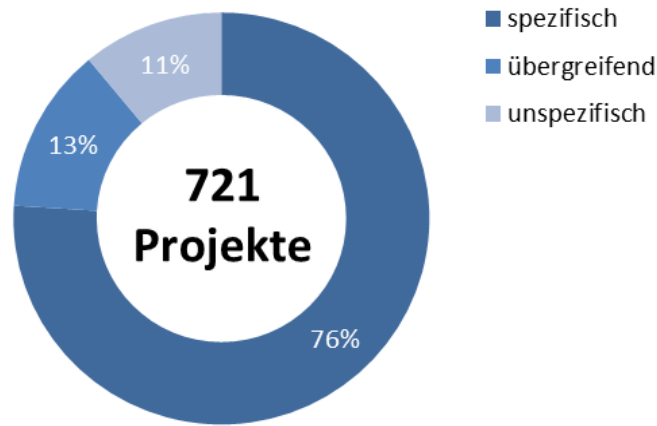


Abb. 2 : Prozentuale Verteilung der Projekte nach Art des Projekts

Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass Präventionsarbeit im Westen dezent stärker phänomenspezifisch ausgerichtet ist als in Westdeutschland (West: 79%, Ost: 73%).

Ein Blick auf die **phänomenologische Schwerpunktsetzung** der untersuchten Projekte zeigt, dass sich drei Viertel aller Projekte der Rechtsextremismusprävention widmen (75%). Die anderen Phänomenfelder stehen dem deutlich nach (Extremismus allgemein 20%, Islamismus 14%, Linksextremismus 4%, Politisch motivierte Ausländerkriminalität (ohne Islamismus) und Sonstige 2%). Wenngleich Islamismusprävention hier an dritter Stelle steht, überrascht doch der hohe Anteil, der so zum Erhebungszeitpunkt noch nicht erwartet worden war; zwischenzeitlich dürfte er sogar noch weiter gestiegen sein. Auffällig erscheint hier vor allem der niedrige Anteil an linkspräventiven Projekten, was vor allem in Anbetracht der Tatsache verwundert, dass die Politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Bereich Links 2014 im Vergleich zur islamistisch motivierten Kriminalität einen viel größeren Anteil an der PMK insgesamt einnimmt (Faktor 17), vor allem aber im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität noch vor der PMK -rechts- den größten Anteil ausmacht.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass Islamismusprävention häufiger im Westen betrieben wird, was plausibel erscheint, da sich dort auch die Mehrzahl bekannter Hochburgen islamistischer Radikalisierung verorten lässt. Extremismus allgemein hingegen ist eher typisch für Ostdeutschland, wo ein Viertel aller Projekte phänomenoffen arbeitet.

Hinsichtlich ihrer Zielsetzung lassen sich präventive Bemühungen allgemein in drei zielgruppenspezifische, konzeptionelle Ansätze unterteilen (vgl. Meier, 2010, §10 Rn. 17): Während sich **universelle Prävention** an die Gesamtbevölkerung wendet und insgesamt den stärksten Bezug zur Resilienzförderung¹⁰ aufweist, setzen selektive und indizierte Prä-

¹⁰ Hierunter wurden Projektziele gefasst, die auf Ansätze zurückgreifen, die zur Stärkung der psychischen Widerstandsfähigkeit beitragen, die „Immunisierung“ gegen extremistische Denkmuster fördern und so einer Sozialisation bzw. längerfristigen Verankerung in extremistischen Umfeldern vorbeugen (vgl. hierzu auch: Online-Enzyklopädie für Psychologie und Pädagogik zum Suchbegriff „Resilienz“).

vention sehr viel stärker an Risikofaktoren an. **Selektive Prävention** adressiert vornehmlich Personen, die ein Risikopotential für die Entwicklung bestimmter Auffälligkeiten aufweisen und verfolgt das Ziel, Risikoverhalten sowie risikobehaftete situative Bedingungen einzudämmen. **Indizierte Prävention** setzt dort an, wo problematisches Verhalten bereits in Erscheinung tritt^{11 12}.

Die hier untersuchten Projekte lassen sich oftmals nur schwerlich einem dieser Ansätze zuordnen. Nicht selten weisen Projekte Aspekte aus zwei Bereichen auf. So richten sich Aussteigerinitiativen beispielsweise in vielen Fällen nicht ausschließlich an bereits straffällig gewordene Personen (indiziert), sondern auch an Personen, die sich noch in der Sozialisation in ein als kritisch zu bewertendes Umfeld befinden (selektiv). Insgesamt zeigt sich ein Schwerpunkt im Bereich von universeller Prävention (vgl. Abb. 3).

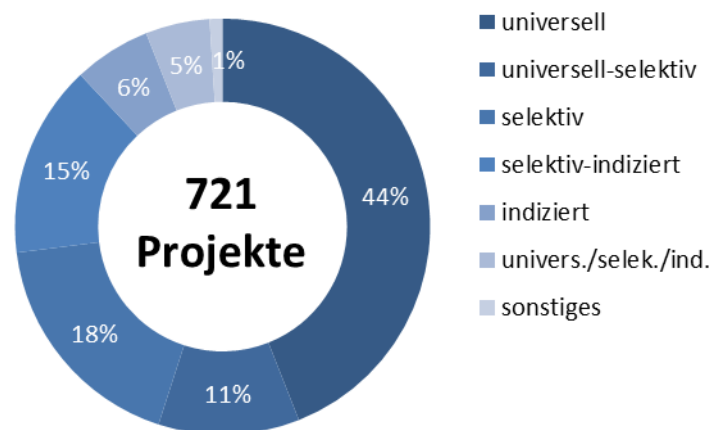


Abb. 3: Prozentuale Verteilung der Projekte nach Präventionsart

Zwecks Erfassung inhaltlicher Aspekte wurden die untersuchten Projekte hinsichtlich ihrer konzeptionellen Ausrichtung und Vorgehensweise neben der Absicht des zu Grunde gelegten Ansatzes auch einem von drei soziostrukturellen Ansätzen zugeordnet. Da oftmals mehrere dieser Ansätze tangiert wurden, orientierte sich die Zuordnung in diesem Fall an der jeweiligen Schwerpunktsetzung der einzelnen Projekte.

¹¹ Analog zu den hier verwendeten Begriffen fanden historisch vor allem die Begriffe „primär“ (universell), „sekundär“ (selektiv) und „tertiär“ (indiziert) Verwendung. Diese wurden auf Grund der fälschlicherweise implizierten Chronologie und starken Assoziation mit Altersgruppen mit der Zeit innerhalb der Präventionspraxis und -forschung verworfen (vgl. auch: Steffen 2014).

¹² Die Arbeit mit (potentiellen) Opfern extremistischer Gewalt unterteilt sich entsprechend in die Allgemeinbevölkerung (universelle Prävention), potentielle Opfer, d. h. Personen, die auf Grund bestimmter Merkmale ein erhöhtes Risiko haben, Opfer extremistischer Gewalt zu werden (selektive Prävention) sowie Personen, die tatsächlich bereits Opfer extremistischer Gewalt wurden (indizierte Prävention).

Als Projekte mit

- **personenfokussiertem Ansatz** gelten dementsprechend Projekte, mit denen in erster Linie charakterliche Eigenschaften oder das Verhalten einer Person beeinflusst werden sollen. Hierbei ist nicht von Belang, ob die Person als extremistisch/radikalisiert anzusehen ist oder nicht. Unter den personenfokussierten Ansatz fallen z. B.: Toleranzförderung, Gewaltprävention, Medienkompetenz stärken, Aktivierung für Ehrenamt, Prävention von Straftaten, Aussteigerprogramm mit praktischer Lebenshilfe.
- **umfeldfokussiertem Ansatz** gelten Projekte, deren primäres Ziel die Beeinflussung des sozialen/gesellschaftlichen Umfeldes einer Person ist. Hierunter fallen z. B. Schulen, Betriebe, Sicherheitsbehörden, Familie, Moscheen. Beispiele für das Umfeld fokussierende Projekte: Beratungshotline „Radikalisierung“ für Angehörige oder Lehrer, Präventionsansätze mit den Hauptzielgruppen Lehrer, Multiplikatoren, Imame sowie dem Ziel der Vernetzung.
- **ideologiefokussiertem Ansatz** gelten Präventionsprojekte, die in erster Linie auf ideologische Aspekte fokussieren und die politisch-ideologische Positionierung bzw. Einstellung einer Person und/oder gesellschaftlicher Gruppe adressieren. So beispielsweise Programme zur Demokratieförderung, Identifikation mit Deutschland oder einer Heimatregion, zum Erlernen von Argumentationsmustern gegen rechts-extreme Hetze im Internet, aber auch die Platzierung sog. „Counter Narratives“, Bildung, Sensibilisierung für ein spezifisches Extremismusphänomen, oder auch Aussteigerprogramme mit der Bedingung, sich von der jeweiligen extremistischen Ideologie zu lösen.

Für die Gesamtzahl der Projekte zeigt sich, dass knapp die Hälfte der Projekte (48%) einen umfeldorientierten Ansatz verfolgt, wohingegen personen- und ideologiefokussierte Ansätze je zu etwa einem Viertel vertreten sind (je 26%). Dementsprechend arbeiten zum Erhebungszeitpunkt 74% aller Projekte mit Ansätzen, die im Sinne der eingangs formulierten Forschungsergebnisse (vgl. Kap. 1) einen (weitgehend) ideologieunabhängigen Ansatz aufweisen.

Inhaltliche Schwerpunkte präventiver Bemühungen liegen vor allem in der *Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit* sowie in der *Demokratieförderung* – gut 50% aller Projekte widmen sich diesen Zielen. Weitere, herausstechende thematische Schwerpunktsetzungen finden sich im Rahmen von *Toleranzförderung*, *Förderung zivilgesellschaftlicher Teilhabe*, *Interkultureller Kompetenzen* sowie in der *Stärkung lokaler Akteure*. Mit dem Thema *PMK-Prävention* beschäftigt sich etwa jedes zehnte Projekt. Insgesamt nimmt das Thema hiermit jedoch eine eher nachrangige Rolle ein. Das Zielfeld PMK wird hierbei fast ausnahmslos von klassischen Projekten abgedeckt (97%).

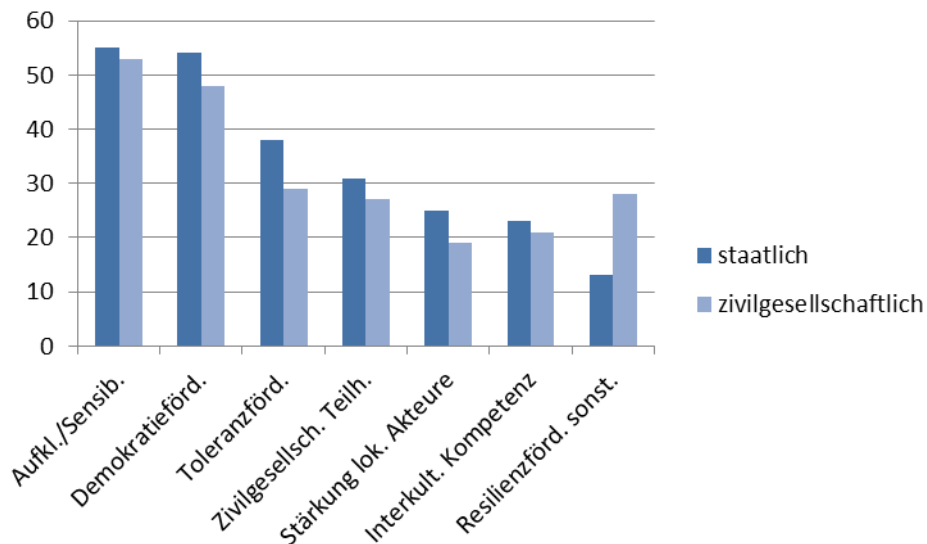


Abb. 4: Gegenüberstellung der am häufigsten vertretenen Ziele (>15%) in %

Die **zentralen Ansätze der Zielerreichung** sind vor allem *Informationsvermittlung* (51%), *Vernetzung* (49%), *Experten-/Multiplikatorenschulungen* (41%), *Praktische Lebenshilfe/Beratung* (39%) sowie *Projektarbeit/Mitmachaktionen* (39%). Hierbei zeichnet sich die Arbeit insgesamt durch einen starken Face-to-Face-orientierten Ansatz aus – 83% aller Projekte arbeiten im *Direktkontakt* mit der jeweiligen Zielgruppe (z. B. LehrerInnen, Vereine, Radikalisierte). Beim Einsatz von Medien fällt auf, dass *statische Medien* (wie z. B. Broschüre, Homepage, Medienpaket) doppelt so häufig eingesetzt werden wie *interaktive Medien* (28% gegenüber 14%).

Die aus dem Material herausgearbeiteten **Zielgruppen** lassen sich grob in vier übergeordnete Kategorien zusammenfassen:

- 1. Politische, zivilgesellschaftliche und behördliche Akteure**
Vertreter aus den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Behörden
- 2. Fachpersonal**
aus unterschiedlichen Sektoren (Erziehung und Bildung, Sicherheitsbehörden, religiösen Gemeinschaften, Justizvollzugsanstalten)
- 3. Betroffene**
Auffällige Personen, Mitbetroffene (z. B. Familie), Opfer
- 4. Allgemeinbevölkerung**
Unauffällige Personen, potentielle Opfer

Die Zielgruppe *Fachpersonal*, wovon der überwiegende Anteil aus dem Bereich von Erziehung und Bildung kommt (68%), sticht hierbei deutlich hervor. *Politische, behördliche und zivilgesellschaftliche Akteure* sowie *Allgemeinbevölkerung* halten sich die Waage. Das Schluss-

licht bilden *Betroffene*. Mit Blick auf die Zielgruppenverteilung zeigen sich keine gravierenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Eine detailliertere Aufschlüsselung der *Betroffenen* zeigt, dass fast zur Hälfte (45%) auffällige Personen adressiert werden, *Mitbetroffene* spielen ebenso eine große Rolle (37%). Die Arbeit mit *Opfern* wird knapp von jedem fünften Projekte (mit-)adressiert (18%). Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass *Betroffene* in Ostdeutschland etwas stärker als im Westen adressiert werden.

Insgesamt liegen zu 59% der Projekte Angaben zu **evaluativen Maßnahmen** vor. *Prozess- und Wirkevaluationen* sind mit 77% (Prozessevaluation) und 67% (Wirkevaluation) insgesamt am häufigsten vertreten. In der Regel werden Evaluationen durch externe Stellen durchgeführt (92%) und knapp die Hälfte der evaluierten Projekte wurde als (in Teilen) zielführend beschrieben (45%). Leider liegen nur in Ausnahmefällen detaillierte Berichte oder Ergebnisse zu den durchgeführten evaluativen Maßnahmen vor.

3.1 Staatliche und zivilgesellschaftliche Prävention im Vergleich

Während im Rahmen staatlicher Projekte – sehr wahrscheinlich auf Grund des föderalistischen Systems – nur ein geringer Anteil von Projekten bundesweit arbeitet (11%), findet sich ein im Vergleich deutlich höherer Anteil bei den zivilgesellschaftlichen Projekten (23%). Hinzukommend existieren dort häufiger Sonderformen, wie beispielsweise länderübergreifende Projekte. Zivilgesellschaftliche Projekte erscheinen insgesamt deutlich flexibler als staatliche Projekte und gestalten dies auch in der Praxis aus.

Im Ost-West-Vergleich zeigen sich sowohl bei den staatlichen als auch den zivilgesellschaftlichen Projekten deutlich mehr Angebote in Ostdeutschland, als die Bevölkerungszahl dies vermuten ließe. So lassen sich nach Herausnahme bundesweit agierender Initiativen insgesamt 42% der staatlichen Projekte in Ostdeutschland verorten, welches jedoch nur etwa ein Fünftel der Bundesbevölkerung auf sich vereint. Bei den zivilgesellschaftlichen Projekten ist dieser Aspekt gar noch stärker ausgeprägt: Hier lassen sich 65% der Projekte in Ostdeutschland verorten. Auch unter Herausnahme der „Präventionshochburg“ Berlin, die dem Osten zugeordnet worden ist, verringert sich das Verhältnis nicht entscheidend im Niveau. Ein Großteil präventiver Bemühungen in Deutschland konzentriert sich dem zu Folge auf den Osten, was zwar entgegengesetzt der Einwohnerzahl, wohl aber im Einklang mit dem dort höheren Straftatenaufkommen Politisch motivierter Kriminalität steht.

Während sich *Vernetzungs- und klassische Projekte* im Rahmen der staatlichen Prävention die Waage halten, finden sich bei der zivilgesellschaftlichen Prävention fast ausschließlich klassische Projekte (96%). Der Vernetzungsgedanke selbst ist jedoch auch bei den klassischen Projekten stark ausgeprägt – 40% der zivilgesellschaftlichen Projekte geben *Netzwerkbildung* als

zentralen Ansatz ihrer Arbeit an. Dies verwundert jedoch nicht, bezieht man die Tatsache mit ein, dass es eben genau diese Projekte sind, die sich im Rahmen staatlich angeregter Vernetzungsinitiativen (Vernetzungsprojekte) zur stärkeren Zusammenarbeit bereit erklärt haben.

Der Anteil an *phänomenübergreifend* arbeitenden Projekten ist mit 13% bzw. 14% als gleich hoch anzusehen. *Phänomenspezifische* Ansätze machen jedoch in beiden Gruppen den höchsten Anteil aus (staatlich: 83%, zivilgesellschaftlich: 70%). *Phänomenunspezifische* Projekte (vgl. S. 11) sind hingegen eher typisch für zivilgesellschaftliche Projekte (17%), wohingegen sie bei den staatlichen Projekten mit nur 3% eine fast schon vernachlässigbare Rolle einnehmen. Staatliche Stellen scheinen dementsprechend – eventuell auch auf Grund ihres jeweils thematischen Zuschnitts – stärker an Phänomenfelder gebunden zu sein, als dies bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren der Fall ist. Dies lässt sich auch nicht etwa über einen stärkeren Fokus auf die stärker phänomenspezifischen Bereiche selektiver und indizierter Prävention erklären, ganz im Gegenteil stellen universelle Maßnahmen sowohl bei den staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Projekten den Schwerpunkt präventiver Bemühungen dar. Mehr als die Hälfte aller staatlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Projekte widmet sich diesem Bereich.

Was die Verteilung nach Präventionsgegenstand angeht, zeigt sich ein weitgehend ähnliches Verteilungsmuster: 75% der Projekte widmen sich dem Themenfeld Rechtsextremismus (50% hiervon staatlich und 50% zivilgesellschaftlich), 14% dem Islamismus (50% hiervon staatliche, 51% zivilgesellschaftliche¹³) und ein kleiner Teil von 4% dem Linksextremismus (hiervon 76% staatliche, 24% zivilgesellschaftliche). Bei einem Blick auf die Verteilung des Themenfeldes Extremismus allgemein (20% insgesamt, hiervon 29% staatliche und 71% zivilgesellschaftliche Projekte) wird auch nochmal deutlich, wodurch der hohe Anteil phänomenunspezifischer Projekte im Rahmen zivilgesellschaftlicher Prävention zustande kommt.

Interessante Unterschiede zeigen sich bei der soziostrukturellen Einordnung. So machen *umfeldorientierte* Projekte sowohl bei staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Projekten den größten Anteil aus, wobei das Verhältnis bei den zivilgesellschaftlichen deutlich ausgeglichener ist, als bei den staatlichen Projekten (vgl. Abb. 5). Maßgeblich hierfür ist der extrem große Anteil an primär umfeldorientierten Vernetzungsinitiativen, die die Hälfte aller staatlichen Projekte ausmachen.

¹³ Die Summe von 101% ergibt sich als natürliches Resultat aufgerundeter Grundwerte.

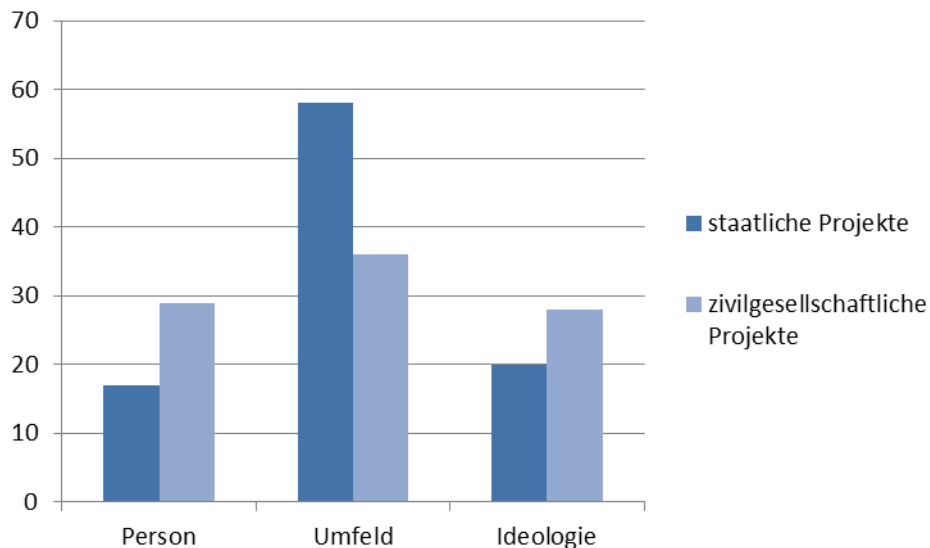


Abb. 5: Soziostrukturelle Zuordnung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Projekte (in %)

Bei einem Ost-West-Vergleich zeigen sich darüber hinaus je auch spezifische Eigenheiten:

So weisen ostdeutsche Projekte insgesamt eine stärkere Ausprägung *umfeldorientierter* Ansätze aus, welche vor allem aus den zahlreichen *Vernetzungsprojekten* dort resultieren (66%). Insbesondere staatliche Prävention wird dort in hohem Maße über Vernetzungsprojekte umgesetzt (77% aller staatlichen Projekte). Mit Blick auf die zivilgesellschaftliche Prävention zeichnet sich der Osten vor allem durch *personenorientierte* Ansätze aus. In Westdeutschland hingegen liegt im Vergleich der Fokus auf *ideologieorientierte* Ansätze höher. Dies dürfte nicht zuletzt auf die dort schwerpunktmäßig angesiedelte, am stärksten ideologieorientierte Islamismusprävention zurückzuführen sein, wovon sich drei Viertel (75%) aller regional tätigen Projekte im Westen verorten lassen.

Hinsichtlich der Zielsetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Extremismusprävention zeigen sich ähnliche Schwerpunktsetzungen. Hier dominieren die Themen *Aufklärung und Sensibilisierung, Demokratieförderung, Toleranzförderung, Förderung zivilgesellschaftlicher Teilhabe, Stärkung lokaler Akteure* sowie die *Förderung interkultureller Kompetenzen*. Wie zu erwarten, fällt hierbei auf, dass die formulierten Zielsetzungen stark mit den jeweiligen Förderkriterien der Förderprogramme korrespondieren, so dass eine Verzerrung hier nicht ausgeschlossen werden kann. Unterschiede ergeben sich vor allem mit Blick auf die *Resilienzförderung*, welche bei den zivilgesellschaftlichen Projekten stärker verfolgt wird und inhaltlich auch breiter gefächert ist. Im Rahmen staatlicher Projekte spielt hingegen die *Stärkung lokaler Akteure* eine größere Rolle. *PMK-Prävention*, als explizit genanntes Ziel, spielt mit 10% am Gesamtaufkommen eine eher nachrangige Rolle (staatlich: 36%, zivilgesellschaftlich: 64%) und konzentriert sich weitestgehend auf die *Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität*.

Zwar favorisieren staatliche und zivilgesellschaftliche Prävention dieselben Arbeitsansätze, eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung wird jedoch deutlich: Während staatliche Prävention im Vergleich vornehmlich auf *Vernetzung* setzt, zielen zivilgesellschaftliche Projekte eher auf *Experten-/ Multiplikatorenschulungen* ab und engagieren sich stärker im Rahmen von *Mitmachaktionen*. Bei den staatlichen Projekten fällt zudem eine Schwerpunktverlagerung in Abhängigkeit der Projektart auf – bei den Vernetzungsprojekten spielen *Projektförderung* und *Vernetzung* eine stärkere Rolle, klassische Projekte hingegen setzen vergleichsweise stärker auf die *Vermittlung von Kontakten*.

Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen werden auch im Hinblick auf die Zielgruppen deutlich. Während *Fachpersonal*, insbesondere aus dem Erziehungs- und Bildungssektor, die Hauptzielgruppe staatlicher Projekte ist (40%), wird von den zivilgesellschaftlichen Projekten die *Allgemeinbevölkerung* am häufigsten adressiert (31%). Auf Grund des hohen Anteils an Vernetzungsprojekten richten sich staatliche Projekte insgesamt stärker an *politische, behördliche und zivilgesellschaftliche Akteure*, als dies bei den zivilgesellschaftlichen der Fall ist.

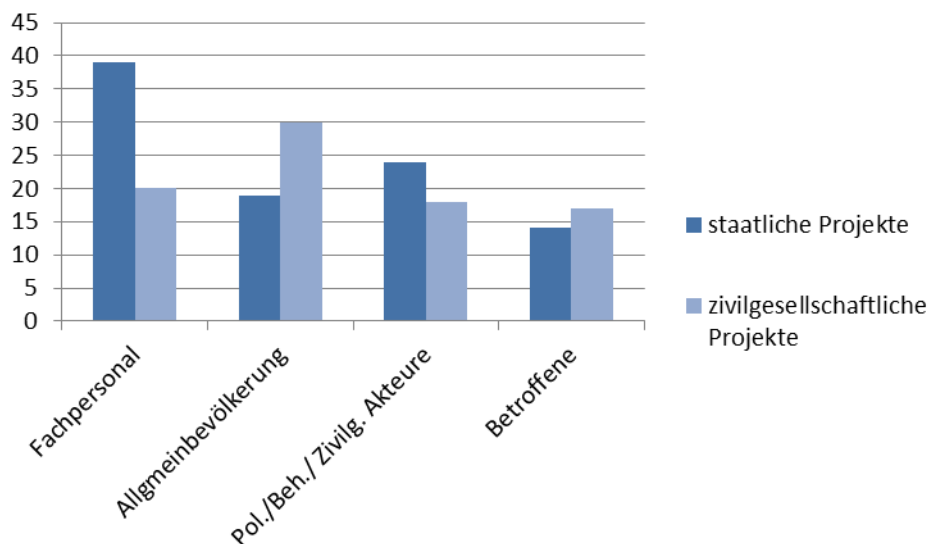


Abb. 6: Zielgruppen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Prävention (in %)

Im Ost-West-Vergleich zeichnet sich ab, dass sich Projekte in Westdeutschland tendenziell stärker an direkt betroffene Personengruppen (vgl. S. 16) richten, wohingegen Projekte in Ostdeutschland eher die *Allgemeinbevölkerung* adressieren. Als weiterer Schwerpunkt in Ostdeutschland kann die Betonung der Zielgruppe *politische, behördliche und zivilgesellschaftliche Akteure* gesehen werden, welche sich aus dem auffallend hohen Anteil an Vernetzungsinitiativen (73% der staatlichen Projekte) ergibt.

Eine detailliertere Betrachtung der Kategorie *Betroffene* macht deutlich, dass bei den staatlichen Projekten in Westdeutschland eine stärkere Konzentration auf das *soziale Umfeld* Radi-

kalisierter vorliegt, wohingegen im Osten häufiger mit *Radikaliserten* selbst gearbeitet wird. Für die zivilgesellschaftlichen Projekte gilt dies in genau entgegengesetzter Richtung, so dass sich allgemein ableiten lässt, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Projekte sich hinsichtlich ihrer Zielgruppenorientiertheit gut ergänzen bzw. staatliche und zivilgesellschaftliche Projekten in Ost und West unterschiedliche Aspekte aufgreifen.

Die vorliegenden Informationen zu Evaluationsmaßnahmen müssen sowohl hinsichtlich Quantität als auch Qualität als äußerst dürftig bezeichnet werden. Nur zu 59% der Projekte liegen Informationen darüber vor, ob eine Evaluation geplant und/oder durchgeführt wurde. Staatliche Projekte erscheinen in der Regel etwas umfänglicher evaluiert, was bedeutet, dass hier meist mehrere Evaluationsarten kombiniert wurden, dies ist jedoch auch vom jeweiligen Förderprogramm und dem Anbieter der wissenschaftlichen Begleitung abhängig und hängt im Wesentlichen mit der umfänglichen Evaluation der Lokalen Aktionspläne (LAP) zusammen, die einen Anteil von insgesamt 50% der staatlichen Projekte ausmachen (vgl. hierzu auch BEHN et al. 2013). Evaluationsergebnisse liegen – mit Ausnahme der Lokalen Aktionspläne – wenn überhaupt, nur in Einzelfällen vor. Sehr wahrscheinlich ist dies dem Umstand geschuldet, dass sich die meisten Projekte zum Zeitpunkt der Erhebung noch im Evaluationsprozess befunden haben dürften. Bei den überwiegend durch externe Institutionen durchgeführten Evaluationen (91% *Fremdevaluationen*), zeigte sich für zwei Drittel der staatlichen und 80% der zivilgesellschaftlichen Projekte ein überwiegend zielführendes bzw. in Teilen zielführendes Ergebnis. Die Quote an nicht zielführenden Projekten liegt bei unter 1%. Leider ist bei der Mehrzahl der Projekte nicht ermittelbar, was konkret im Rahmen der Evaluation gemessen bzw. bewertet wurde.

3.1.1 Rechtsextremismusprävention

Der überwiegende Anteil (75%) präventiver Bemühungen widmet sich der Prävention von Rechtsextremismus (davon je zur Hälfte staatliche und zivilgesellschaftliche Projekte). Hiermit liegt der relative Anteil rechtspräventiver Projekten deutlich höher, als der Anteil rechtmotivierter Straftaten an der Politisch motivierten Kriminalität allgemein im Jahr 2014 (52%) sowie der politisch motivierten Gewaltkriminalität (31%), die im Wesentlichen von linksmotivierten Straftaten dominiert wird (49%).

Ein Vergleich der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Projekte zeigt, dass der Anteil von *Vernetzungsprojekten* innerhalb der staatlichen Projekte mit 60% bedeutend höher ist als bei den zivilgesellschaftlichen (5%). Den überwiegenden Anteil der Vernetzungsprojekte machen die Lokalen Aktionspläne (LAP) aus (82%)¹⁴. Hierbei handelt es sich um primär netzwerkori-

¹⁴ Hierbei muss berücksichtigt werden, dass jedem LAP eine nicht unerhebliche Menge an lokalen Initiativen und Organisationen anhängt, die sich konkret mit dem Themenfeld Extremismus und Radikalisierung beschäftigen. Die Tatsache, dass für Ostdeutschland eine extrem hohe Anzahl an Vernetzungsprojekten erfasst wurde, bedeutet dem zu Folge nicht, dort „würde nichts getan“, sondern verdeutlicht lediglich die starke (finanzielle) staatliche Förderung der Vernetzung und Beratung unterschiedlicher Stellen, die sich mit dem Thema Extremismus vor Ort auseinander setzen müssen.

enterte Projekte, deren Grundgedanke die Stärkung demokratischer Kultur unter Wahrnehmung einer Brückenfunktion zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung ist (vgl. Behn et al. 2013). Dies wird erreicht über die Vor-Ort-Umsetzung von Konzepten und Strategien einer gemeinwesensorientierten, auf Nachhaltigkeit bedachten Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (ebd.). Da die Berücksichtigung etwaiger lokaler Besonderheiten hierbei eine zentrale Rolle spielt, werden die LAP von den Kommunen getragen. Sie sind schwerpunktmäßig im Bereich von universeller und selektiver Prävention angesiedelt und richten sich vornehmlich an die Zielgruppen *Fachpersonal* und *lokale Akteure*. Eine Evaluation der Lokalen Aktionspläne erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, wobei resümiert wird, dass es überwiegend gut gelingt, eine produktive Kooperationskultur zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zu erreichen (vgl. Behn et al. 2013). Bei den übrigen Netzwerkprojekten handelt es sich um Demokratiezentren, Beratungs- und Koordinationsnetzwerke.

Indizierte Prävention (wesentliche Zielstellungen: Deradikalisierung, Distanzierung von Gewalt) wird sowohl von staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Seite her über *Klassische Projekte* realisiert (Ausstiegshilfe, Distanzierungsbegleitung). Die Ausgestaltung klassischer Projekte im Bereich der zivilgesellschaftlichen Träger umfasst jedoch stärker auch die Bereiche universeller und selektiver Prävention. Hinzukommend wird neben *Betroffenen* und der Hauptzielgruppe *Fachpersonal* vor allem auch die *Allgemeinbevölkerung* adressiert.

Als zentrale Ansätze rechtspräventiver Arbeit kristallisieren sich *Vernetzung*, *Informationsvermittlung*, *Praktische Lebenshilfe/Beratung*, *Mitmachaktionen* und *Experten-/Multiplikatorbildungen* heraus. Während sich staatliche Projekte auf Grund ihres hohen Anteils an *Vernetzungsprojekten* vor allem auf das Miteinandervernetzen konzentrieren, nehmen bei den zivilgesellschaftlichen Projekten *informationsvermittelnde Ansätze*, z. B. im Rahmen der *Fortbildung* von *Experten-/Multiplikatoren*, einen deutlich höheren Stellenwert ein.

Insgesamt dominieren *phänomenspezifische* Ansätze in der Rechtsextremismusprävention (84%) (davon je zur Hälfte in staatlicher und zivilgesellschaftlicher Trägerschaft). Bei den *phänomenübergreifenden* Projekten (16%, davon 52% staatliche und 48% zivilgesellschaftliche) handelt es sich in der Regel um Projekte, die sich hinzukommend mit dem Phänomenbereich Islamismus beschäftigen oder gänzlich gegenüber anderen Formen des Extremismus offen sind.

Auch im Bereich der Rechtsextremismusprävention gehen staatliche und zivilgesellschaftliche Prävention Hand in Hand und ergänzen sich in ihrem Angebot. Wenngleich die Verteilung auf Ost- und Westdeutschland sich anzahlmäßig als relativ ausgewogen darstellt, bleibt doch zu berücksichtigen, dass unter Einbezug der Bevölkerungszahlen zahlenmäßig intensi-

Nichtsdestotrotz evokiert das starke Ungleichheitsverhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland diverse Fragen, die im weiteren Verlauf des Projekts noch einer tiefergehenden Auseinandersetzung bedürfen.

vere Anstrengungen rechtspräventiver Maßnahmen in Ostdeutschland deutlich werden, als zu erwarten wäre. Unter Berücksichtigung des dort tatsächlich höheren Aufkommens an rechtsmotivierter Kriminalität, lässt sich dieses Ungleichgewicht jedoch erklären – Prävention wird vor allem dort betrieben, wo es offensichtlich zu Problemen kommt. Dies zeigt sich auch daran, dass universelle Rechtsextremismusprävention in Ostdeutschland deutlich stärker vertreten ist (60%), als dies in Westdeutschland der Fall ist (40%).

Mit Blick auf die soziostrukturelle Einordnung der Projekte lässt sich sagen, dass staatliche Rechtsextremismusprävention – auch aufgrund des hohen Anteils an Vernetzungsprojekten – schwerpunktmäßig *umfeldorientierte* Ansätze verfolgt (Person: 19%, Umfeld: 64%, Ideologie: 18%), wohingegen die zivilgesellschaftlichen Projekte ein deutlich ausgeglicheneres Bild zwischen *personen-, umfeld- und ideologiebasierten* Ansätzen aufweisen (Person: 31%, Umfeld: 37%, Ideologie: 32%).

3.1.2 Linksextremismusprävention

Eine Gegenüberstellung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Projekte ist auf Grund der geringen Fallzahlen nur schwer möglich – rund 4% der Projekte beschäftigen sich mit dem Thema Linksextremismusprävention. Dies entspricht 25 Projekten, 19 davon in staatlicher und sechs in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft. Grob lassen sich diese Projekte in (a) zwei Aussteigerprogramme und (b) vornehmlich informationsvermittelnde Ansätze (z. B. Vorträge, Flyer) unterteilen. Es wird darüber hinaus deutlich, dass vereinzelte Projekte bisher noch nicht in der Praxis umgesetzt wurden, da sie mangels Nachfrage noch nicht zum Einsatz kamen und/oder scheinbar kaum praktischen Anwendungsbezug aufweisen. Auch fällt der hohe Grad an *phänomenübergreifenden* Projektzusammenhängen auf, der bei genauerer Betrachtung den Eindruck erweckt, dass vereinzelte rechts- oder islamismuspräventive Projekte sich pro Forma auch dem Linksextremismus gegenüber geöffnet haben. Dies gilt insbesondere für die staatlichen Projekte, von denen mehr als die Hälfte einen phänomenübergreifenden Ansatz aufweist.

Linkspräventive Absichten werden ausschließlich in Form von *klassischen Projekten* umgesetzt – Vernetzungsprojekte oder -tendenzen sind hier nicht ersichtlich. Bei den Projekten handelt es sich allem Anschein nach um autonome Initiativen, die sich fast ausschließlich im Rahmen universell-selektiver Prävention bewegen. Eine Ausnahme bilden die zwei Aussteigerprogramme, von denen eins in ziviler und eins in staatlicher Trägerschaft ist. Von der inhaltlichen Ausgestaltung her, konzentriert sich linkspräventive Arbeit dementsprechend fast ausschließlich auf *Demokratieförderung* und *Aufklärung-/Sensibilisierung*. Darüber hinaus fällt auf, dass hinsichtlich der *Prävention von Gewalt*, die einen zentralen Stellenwert in der Linksextremismusprävention einnimmt, eher auf allgemeine Gewaltprävention denn gezielt auf politisch motivierte Gewaltprävention abgehoben wird. Dies entspricht allgemein der Grundidee des PüG-Ansatzes, im Rahmen der Extremismusprävention eher auf ideologieunabhängige Ansätze zurückzugreifen, dennoch unterscheidet sich Linksextremismusprä-

vention hiermit deutlich von den anderen Extremismusformen, wo Gewaltbereitschaft stärker mit der ideologischen Haltung verknüpft wird. Ursache hierfür könnte der Umstand sein, dass gesamtgesellschaftlich das Feld des Linksextremismus bzw. linke Militanz als schwerer greifbar wahrgenommen wird. Mit einer Fokussierung auf allgemeine Gewaltprävention wird einer Ideologiefokussierung und Etikettierung entgegengewirkt, wodurch vor allem die Botschaft gesendet wird, dass in erster Linie Gewaltstraftaten entgegengewirkt werden soll und nicht etwa ein ideologischer Diskurs „ausgefochten“ werden soll. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die Prävention von Politisch motivierter Kriminalität mit über 90% der Projekte einen deutlichen Schwerpunkt in der linkspräventiven Arbeit darstellt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass linkspolitisch motivierte Gewaltstraftaten insgesamt 49% des festgestellten Gesamtstraftatenaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität ausmachen, erscheint dies auch plausibel (demgegenüber rechtsmotivierte Gewalt: 31%, islamistisch motivierte Gewalt: 1%). Auf Grund des hohen Anteils an bundesweit agierenden Projekten (40%) weisen linkspräventive Maßnahmen eine große Reichweite auf, worüber die geringe Anzahl bedingt kompensiert wird. Allerdings wirft dies auch die Frage auf, inwieweit kommunale Besonderheiten hierüber abgedeckt werden können.

Was die Hauptzielgruppen linkspräventiver Arbeit angeht, zeigt sich sowohl bei den staatlichen als auch den zivilgesellschaftlichen Projekten eine verhältnismäßig starke Bedeutung der Zielgruppen *Betroffene* sowie *Allgemeinbevölkerung*. *Politische, behördliche und zivilgesellschaftliche Akteure* stehen hingegen an letzter Stelle. Auch von ihren zentralen Ansätzen her ähneln sich staatliche und zivilgesellschaftliche Projekte – *Informationsvermittlung, Mitmachaktionen* und *Multi-/Expertenschulungen* stellen hier die schwerpunktmäßigen Vorgehensweisen dar.

Im Gegensatz zu den staatlichen Projekten, von denen nur bei einem Viertel überhaupt Evaluationen durchgeführt wurden (darunter *Eigen-*, jedoch keine *Wirkevaluationen*), wurden alle zivilgesellschaftlichen Projekte durch Fremdinstitute sowohl wirk- als auch prozessorientiert evaluiert. Zu den Ergebnissen ist hier nichts bekannt.

3.1.3 Islamismusprävention

Die 103 erfassten Projekte (entspricht 14% aller Projekte) zur Prävention des religiös begründeten Extremismus verteilen sich je zur Hälfte auf staatliche und zivilgesellschaftliche Träger (51 bzw. 52 Projekte). Vernetzung nimmt auch im Rahmen klassischer Projekte einen auffallend hohen Stellenwert ein. Dies ist sehr wahrscheinlich Ausdruck des Erfordernisses, dem verhältnismäßig jungen Phänomen Islamismusprävention aufgrund des hohen politischen Handlungsdrucks begegnen zu müssen, wobei noch auf vergleichsweise wenig solides Phänomen- und Erfahrungswissen zurückgegriffen werden kann.

Eine Unterteilung nach Ost-West zeigt einen deutlichen Schwerpunkt islamismuspräventiver Projekte im Westen (75%). Während in Ostdeutschland zivilgesellschaftliche Projekte stärker

vertreten sind, sind es in Westdeutschland die staatlichen. Dies entspricht tendenziell auch dem Aufkommen islamistisch motivierter Kriminalität in Deutschland und der Verteilung bekannter islamistischer Hochburgen, sog. Hotspots islamistischer Radikalisierung, die (mit Ausnahme von Berlin) in erster Linie in westdeutschen Städten zu finden sind¹⁵. Auch die Ausreisezahlen der bis Juni 2015 in das syrisch-irakische Kampfgebiet ausgereisten Personen mit islamistischer Motivation belegen dies – in über 80% der Fälle handelt es sich um Personen aus westdeutschen Städten¹⁶.

Die Ergänzung der vornehmlich landesweiten und in vereinzelt Bundesländern arbeitenden Projekte um bundesweit abrufbare Angebote, trägt insgesamt zu einer großen Flächenabdeckung der Prävention bei. Wie bei den anderen Extremismusarten dominieren auch hier *phänomenspezifische*, das heißt allein auf Islamismusprävention ausgerichtete Projekte die Projektlandschaft (71%). Bei den restlichen, phänomenübergreifenden Projekten tritt die Kombination „Rechtsextremismus – Islamismus“ am häufigsten auf.

Eine Besonderheit der Islamismusprävention ist, dass sie im Vergleich am stärksten auf *ideologische* Aspekte abhebt (39%), *personenorientierte* Ansätze stehen dem deutlich nach. Nur 17% der Projekte verfolgen einen primär personenorientierten Ansatz (hiervon 29% in staatlicher und 71% in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft). Dies spiegelt sich auch in den zentralen Ansätzen wider, die überwiegend auf *Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit* ausgerichtet sind. Im Gegensatz zu den staatlichen Projekten, bei denen die weiteren Zielfelder nur von weniger als einem Fünftel der Projekte bedient werden, ist das Spektrum bei den zivilgesellschaftlich getragenen Projekten deutlich breiter gefächert – insbesondere resilienzfördernde Ansätze sind hier breiter vertreten (etwa *Demokratie- und Toleranzförderung, Identitätsarbeit, Förderung interkultureller Kompetenz*).

Eine Besonderheit islamismuspräventiver Maßnahmen ist die vergleichsweise hohe Bedeutung der Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität, die hier von knapp ein Fünftel der Projekte explizit adressiert wird.

Schwerpunkte in der Arbeit liegen vor allem im Bereich von *Informationsvermittlung* und *Multiplikatorenschulungen*, zivilgesellschaftliche Projekte entfalten darüber hinaus auch in anderen Bereichen intensive Bemühungen (etwa: *Lebenshilfe/Beratung, Mitmachprojekte, Vernetzung*). Dementsprechend gestaltet sich auch das Zielgruppenspektrum zivilgesellschaftlicher Projekte breiter. Als besonders interessant stellt sich hier die *Zielgruppe Betroffene* (vgl. S. 15) dar, die innerhalb der staatlichen Projekte eine deutlich geringere Rolle einnimmt (11%), als bei den zivilgesellschaftlichen (27%). Unterschiede zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Projekten zeigten sich auch hinsichtlich der präventiven Schwerpunktsetzung: Während staatliche Projekte schwerpunktmäßig im Bereich von selektiver

¹⁵ Dementsprechend konzentriert sich der Großteil der in Ostdeutschland angesiedelten Projekte auch auf Berlin.

¹⁶ Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Daten zur Studie „Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind“ (Bundeskriminalamt et al. 2015).

und indizierter Prävention angesiedelt sind (hier jedoch vornehmlich im Bereich von *Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit*), konzentrieren sich zivilgesellschaftliche Projekte sehr viel stärker auch auf universelle Prävention.

Hinsichtlich evaluativer Maßnahmen bleibt zu erwähnen, dass zu deutlich mehr zivilgesellschaftlich getragenen Projekten bekannt ist, ob diese *evaluiert* wurden (60%), als dies bei den staatlichen der Fall ist (16%). Während die zivilgesellschaftlich getragenen Projekte in der Regel mittels wissenschaftlicher Begleitforschung durch ein Fremdinstitut evaluiert wurden, evaluierten sich staatliche Projekte – zumeist auf Basis selbst entwickelter Kriterien – vornehmlich intern. Bezüglich der Projekte, zu denen zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits ein Evaluationsergebnis vorlag (11%), lässt sich sagen, dass sich mit Ausnahme eines nicht zielführenden Projekts alle als „(in Teilen) zielführend“ erwiesen.

3.1.4 Allgemeine Extremismusprävention

Allgemeine bzw. nicht näher spezifizierte Extremismusprävention meint hier eine *phänomenunspezifische* Beschäftigung mit dem Phänomen Extremismus. Es wird dementsprechend nicht eine Eingrenzung auf eine spezielle Form des Extremismus, z. B. religiös begründeter oder politisch begründet, vorgenommen. Insgesamt 11% der Projekte weisen (mitunter) phänomenunspezifische Anteile in ihrer Präventionsarbeit auf (davon 12% in staatlicher und 88% zivilgesellschaftlicher Trägerschaft).

Ansätze unspezifischer Extremismusprävention treten in zwei Formen auf:

- in Kombination mit spezifischen Phänomenfeldern (wie etwa Linksextremismus oder Islamismus) – dann in der Regel als Indiz für einen sich anderen Formen des Extremismus gegenüber öffnenden Ansatz (phänomenübergreifend). Dies gilt etwa für jedes zehnte staatliche bzw. zivilgesellschaftliche Projekt.

Typische Formulierungsbeispiele:

„... zielen darauf ab, rechtsextremistischen oder jedweden anderen extremistischen Bestrebungen vorzubeugen“ oder „richtet sich an Betroffene aus rechtsextremistischen Umfeldern aber auch solche, die mit anderen Formen des Extremismus in Berührung kommen“.

- phänomenunspezifisch, das heißt, allgemein offen gehalten, ohne Benennung einer konkreten Extremismusrichtung. Dies ist bei 3% der staatlichen und 17% der zivilgesellschaftlichen Projekte der Fall.

Typische Formulierung:

„...hat zum Ziel, demokratische Denkstrukturen zu fördern, um Extremismus vorzubeugen“.

Projekte des Typs „phänomenübergreifend“ wurden bereits in den vorangegangenen Kapiteln (Kap. 3.1.1-3.1.3) abgehandelt, weswegen es im Folgenden schwerpunktmäßig um den zweiten Typ phänomenunspezifischer Projekte gehen wird.

Insgesamt weisen diese Projekte allgemein einen ähnlichen Zuschnitt auf: Es handelt sich um vorrangig universell-präventive Projekte, die sich vornehmlich an die *Allgemeinbevölkerung* richten. *Betroffene* spielen hier als Zielgruppe nahezu keine Rolle. Es existieren sowohl *Vernetzungs-* als auch *klassische Projekte* mit nicht näher spezifiziertem Präventionsansatz.

Eine Besonderheit beim Vergleich von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Projekten zeigt sich mit Blick auf die soziostrukturelle Ausrichtung – hier fällt auf, dass die staatlichen Projekte primär *personen-* und (aufgrund der zahlreichen Vernetzungsprojekte) *umfeldorientiert* sind, wohingegen zivilgesellschaftliche Projekte einen stärkeren Fokus auf *ideologieorientierte* Ansätze richten. Das Verhältnis zwischen personen-, umfeld- und ideologieorientierten Ansätzen ist bei den zivilgesellschaftlichen Projekten jedoch deutlich ausgewogener (vgl. Abb. 7a).

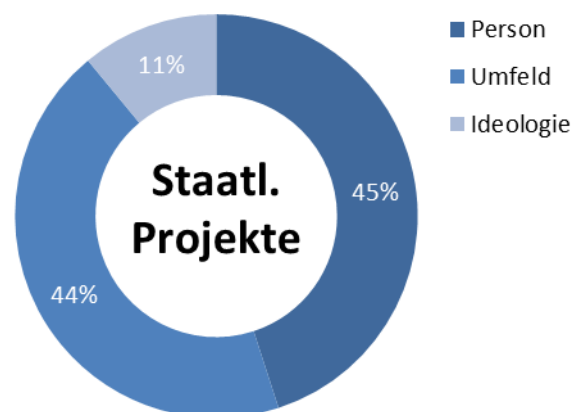


Abb. 7: Soziostrukturelle Einordnung phänomenunspezifischer staatlicher Projekte

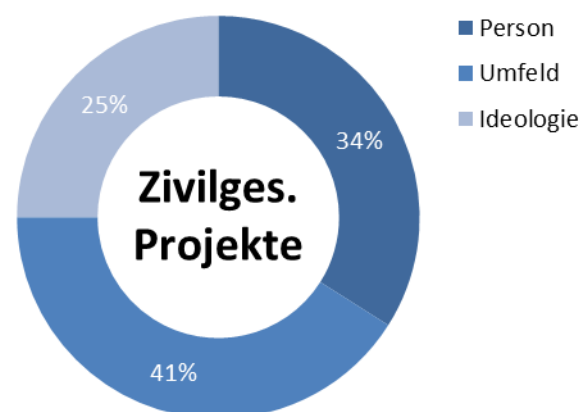


Abb. 7a: Soziostrukturelle Einordnung phänomenunspezifischer zivilgesellschaftlicher Projekte

3.1.5 Vergleich PMK mit Präventionsangebot

Im Folgenden werden wir uns noch einmal dem Fallaufkommen **Politisch motivierter Kriminalität (PMK)** aus dem Jahre 2014 widmen und dieses dem erfassten Angebot präventiver Maßnahmen gegenüberstellen.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Bereich Rechts hat einen Anteil von 52%, Links von 25% und Islamismus von 1% am Gesamtaufkommen der PMK im Jahr 2014 (vgl. Abb. 8). Dem gegenüber widmet sich zwar der Großteil präventiver Bemühungen dem Rechtsextremismus (75%), Linksextremismusprävention hingegen wird jedoch nur von einem äußerst geringen Anteil an Projekten adressiert (4%) (vgl. Abb. 8a), was die Frage evoziert, ob dem Bedarf an Linksextremismusprävention mit den derzeitig verfügbaren Maßnahmen entsprechend begegnet wird oder begegnet werden kann. Da eine qualitative Bewertung der Projekte nicht Ziel des vorliegenden Projekts war, kann diese Frage hier jedoch nicht abschließend beantwortet werden. Vielmehr bedarf es weiterer, bedarfs- und angebotsorientierter Untersuchungen.

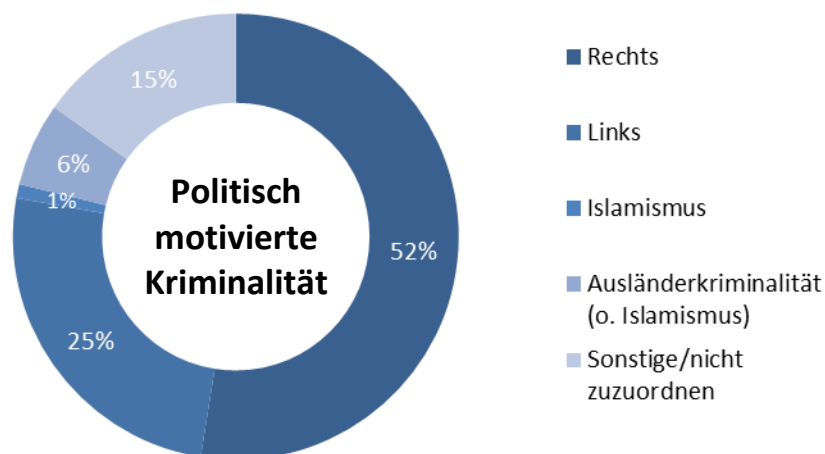


Abb. 8: Verteilung des Gesamtaufkommens Politisch motivierter Kriminalität (PMK) in 2014

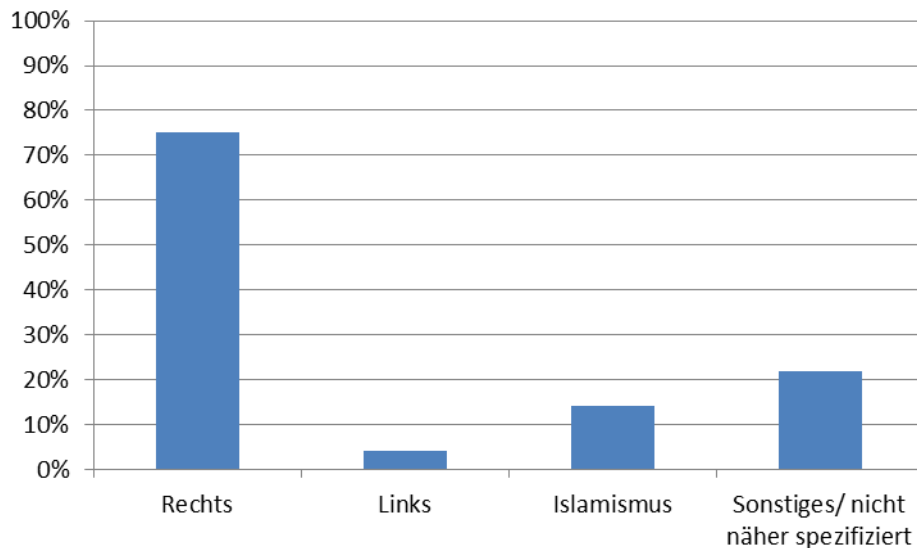


Abb. 8a: Verteilung der Präventionsgegenstände in der Präventionslandschaft (Mehrfachnennungen möglich)

Auch unter gezielter Berücksichtigung nur der Projekte, die sich konkret mit der Prävention Politisch motivierter Kriminalität befassen (10%), ändert sich dies nicht. Auch hier ist das Feld Linksextremismus mit 7% gering vertreten, wohingegen Islamismus (21%) und Rechtsextremismus (69%) deutlich häufiger adressiert werden.

Das Straftatenaufkommen im Bereich der **politisch motivierten Gewaltkriminalität (PMK-G)** verteilt sich im Jahr 2014 zu 49% auf den Bereich Links, zu 31% auf Rechts und zu 1% auf Islamismus (vgl. Abb. 9). Von außen betrachtet ergibt sich auch hier eine inhaltlich andere Schwerpunktsetzung, als dies im Rahmen der Präventionsprojekte der Fall ist: Während linksextremistische Gewalt hier den größten Anteil am Fallzahlenaufkommen ausmacht, widmet sich nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Prävention des Linksextremismus (Projekte Rechts 75%, Islamismus 14%, Links 4%). Wenngleich für eine zulässige Gegenüberstellung qualitative Merkmale (etwa: Art der Straftat, Anzahl Straftäter usw.) mit einbezogen werden müssen, deuten die hier erhobenen Daten darauf hin, dass mit den hier erhobenen Projekten, ein derartiges Personenpotential kaum abgedeckt werden dürfte – insbesondere, da viele der ohnehin wenigen Linkspräventionsprojekte sich in die Kategorie Expertenschulungen und Flyer/Broschüren einordnen lassen und weniger solche, die explizit mit Betroffenen arbeiten. Für eine konkretere Beurteilung bedarf es jedoch weiterer Analysen, die neben den o.g. Aspekten beispielsweise auch den Faktor Nachfrage mit einbeziehen.

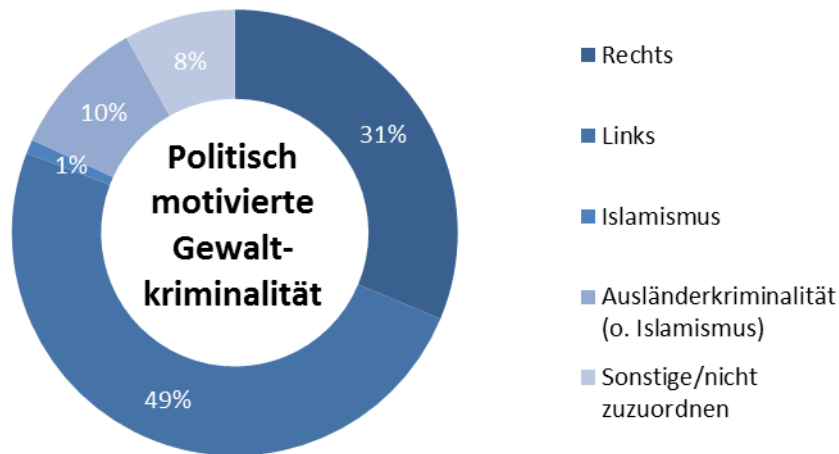


Abb. 9: Verteilung des Gesamtaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität (PMK-G) in 2014

Bei einem gezielten Blick auf Präventionsprojekte, die sich mit PMK-G beschäftigen, ändert sich diese Beobachtung nicht (9% aller Projekte): Auch von diesen Projekten prävenieren 70% das Phänomen Rechts, 20% den Bereich Islamismus und 6% das Feld Links (vgl. Abb 9a).

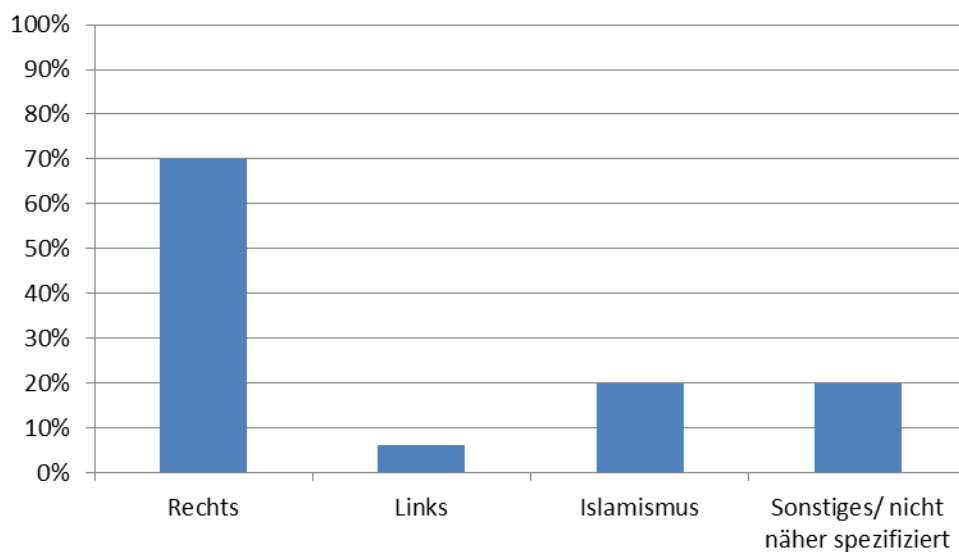


Abb. 9a: Verteilung der Präventionsgegenstände innerhalb auf die Prävention von PMK-G abzielender Projekte (Mehrfachnennungen möglich)

Bei einem Ost-West-Vergleich fällt auf, dass die Projektanzahl unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl tendenziell dem jeweiligen Straftatenaufkommen entspricht. Die Anzahl der Fälle Politisch motivierter Kriminalität pro 100TSD Einwohner ist im Jahr 2014 mit 83 Fällen

in Ostdeutschland knapp dreimal so hoch wie in Westdeutschland (30 Fälle). Auch eine Betrachtung der Verteilung der Präventionsprojekte (ohne bundesweite Initiativen) zeigt ein Verhältnis zu Gunsten des Ostens, wo fast fünfmal so viele Projekte durchgeführt werden wie in Westdeutschland¹⁷. Ähnlich verhält es sich auch bei den Projekten mit ausdrücklichem Schwerpunkt auf der Vorbeugung von Politisch motivierter Kriminalität¹⁸.

Wenngleich das grobe Verteilungsmuster als positiv zu bewerten ist, lässt es keine Aussagen zur Abdeckung des tatsächlichen (vor allem auch regionalen) Bedarfs an Präventionsmaßnahmen zu. Eine detailliertere Betrachtung der Politisch motivierten Kriminalität wirft durch den deutlich hervorstechenden Anteil politisch motivierter Gewaltkriminalität im Bereich Links jedoch berechtigterweise die Frage auf, ob es ganz allgemein einer Optimierung bzw. Stärkung präventiver Bemühungen bedarf.

4 Zusammenfassung

Die hier vorliegende Auswertung, die Teil eines modular aufgebauten Forschungsprojekts ist¹⁹, widmet sich der zwischen 2014 und 2015 in Deutschland vorherrschenden Präventionslandschaft zu den Themenfeldern „Terrorismus/Extremismus“. Ziel war eine systematische Erhebung und überblickartige Darstellung der Projektlandschaft, wobei eine tiefergehende Bewertung einzelner Maßnahmen hinsichtlich deren Effizienz, Effektivität oder Zielgerichtetheit ausdrücklich *nicht* im Interessenfokus stand. Vielmehr ging es darum, die doch recht unübersichtliche Präventionslandschaft zu sortieren und möglichst detailliert abzubilden.

Dass eine Erhebung präventiver Maßnahmen – insbesondere auf Grund vieler zum Teil ehrenamtlicher Kleinstinitiativen – nicht in Gänze möglich ist, ist den Autoren bewusst. Den überwiegenden Anteil der hier erhobenen Projekte machen dementsprechend staatlich geförderte Projektvorhaben aus. Konkret flossen hierbei Projekte ein, die mittels schriftlicher Anfrage über 43 präventionsrelevante Akteure erhoben wurden und die sich in den Jahren 2014/2015 in der Durchführung befanden. Diese wurden auf Basis eines spezifisch für das Projekt entwickelten Kriterienkatalogs ausgewertet, wofür auf die (Selbst-)Darstellungen der einzelnen Projekte zurückgegriffen wurde.

Insgesamt verteilen sich die 721 erhobenen Projekte zu nahezu gleichen Anteilen auf staatliche (47%, n=336) und zivilgesellschaftliche Träger (53%, n=385). Während sich der Großteil an Projekten erwartungsgemäß dem Thema Rechtsextremismus widmet (75%), liegt der An-

¹⁷ 2,8 Projekte pro 100TSD Einwohner in Ostdeutschland gegenüber 0,6 pro 100TSD Einwohner in Westdeutschland.

¹⁸ 0,3 Projekte pro 100TSD Einwohner in Ostdeutschland gegenüber 0,05 pro 100TSD Einwohner in Westdeutschland.

¹⁹ BKA-Projekt „Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifenden Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)“ in Durchführung bei der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (IZ32).

teil an islamismuspräventiven Projekten (14%) für den Erhebungszeitraum unerwartet hoch. Linksextremismusprävention nimmt mit knapp 4% eine deutlich nachrangige Rolle ein.

Mit Blick auf die im Erkenntnisinteresse des PüG-Projekts stehende Fragestellung nach den Entwicklungsmöglichkeiten einer *phänomenübergreifend* ausgerichteten Prävention lässt sich festhalten, dass der Anteil an phänomenübergreifend arbeitenden Projekten im Untersuchungszeitraum bereits bei 13% liegt (davon 49% in staatlicher und 51% in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft). *Phänomenunspezifisch* konzipierte Projekte, die sich ganz allgemein mit dem Phänomen Extremismus beschäftigen, machen 11% der Projekte aus (davon 12% in staatlicher und 88% in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft). Mit Blick auf die sich zur Zeit der Projektplanung noch abzeichnende kritische Haltung gegenüber der Umsetzbarkeit einer phänomenübergreifenden Prävention überrascht dieses Ergebnis. Auch deutet es auf ein Aufweichen starr phänomenbezogener Denkansätze hin. Es macht jedoch auch deutlich, dass insbesondere staatliche Stellen – sehr wahrscheinlich auf Grund ihres Aufgabenschnitts – sehr viel stärker phänomengebunden denken, als dies bei den zivilgesellschaftlichen Projekten der Fall ist. Offenbar teilen insbesondere zivilgesellschaftliche Präventionsakteure zunehmend die hier im Projekt durch vielfältige Forschungsbefunde (überblickartig etwa: Eilers, Gruber & Kemmesies 2015) gestützte und zu Grunde liegende Annahme, dass der Anschluss an eine extremistische Gruppe weniger durch ihre jeweilige (politische und/oder religiöse) Ideologie motiviert ist, als durch andere Angebote der jeweiligen Gruppe (wesentlich: Zuspruch und Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls sowie Freizeitangebote).

Bei knapp einem Drittel der Präventionsprojekte handelt es sich um landesweite Initiativen, welche gegenüber bundesweiten, regionalen und kommunalen Angeboten somit dominieren. Schwerpunkte bei der praktischen Umsetzung liegen vor allem in *Aufklärung* und *Sensibilisierung*, *Stärkung lokaler Akteure* sowie *Resilienz fördernden Ansätzen* (z. B. Förderung von Demokratiebewusstsein, Toleranz, zivilgesellschaftlicher Teilhabe, interkultureller Kompetenzen). Bezüglich Letzteren zeigen sich zivilgesellschaftliche Träger deutlich zahl- und facettenreicher aufgestellt, als dies bei den staatlichen Projekten der Fall ist. Staatliche Projekte haben dem gegenüber häufiger die Zielgruppe lokaler Akteure im Blick, die über Fördermittel lokale Initiativen stärken oder bei deren Vernetzung unterstützen sollen.

Die gezielte Prävention Politisch motivierter Kriminalität spielt mit 10% im Gesamtkontext präventiver Maßnahmen eine eher geringe Rolle (36% staatlich, 64% zivilgesellschaftlich). Dies verwundert jedoch nicht, bezieht man die Tatsache mit ein, dass sich mehr als die Hälfte staatlicher bzw. zivilgesellschaftlicher Projekte in erster Linie universell(-selektiv)-präventiven Absichten widmen und somit bereits im Vorfeld etwaiger Radikalisierungstendenzen bzw. konkreter politisch motivierter Straftaten aktiv werden.

Umfeldorientierte Projekte machen sowohl bei staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Projekten den größten Anteil aus, wobei das Verhältnis zwischen *Personen-*, *Umfeld-* und *Ideologieorientierung* bei den zivilgesellschaftlichen deutlich ausgeglichener ist, als bei den staatlichen Projekten. Maßgeblich hierfür sind der große Anteil an *Vernetzungsprojekten* un-

ter den staatlichen Projekten (etwa die Hälfte) sowie der starke Fokus auf *Experten-/Multiplikatoren*schulungen bei den zivilgesellschaftlichen Projekten.

Im Ost-West-Vergleich verteilen sich die Präventionsprojekte zwar disproportional zur Einwohnerzahl, wohl aber proportional zum Aufkommen Politisch motivierter Kriminalität (PMK): Mit 53% ist etwa die Hälfte präventiver Bemühungen in Deutschland auf den Osten konzentriert, der zwar nur etwa 20% der Einwohner Deutschlands auf sich vereint, allerdings mit 83 Straftaten gegenüber 30 Straftaten pro 100TSD Einwohner im Westen eine deutlich höhere PMK-Belastung aufweist²⁰. Auch zeichnet sich der Osten – insbesondere im Rahmen staatlicher Prävention und auf Grund seiner zahlreichen Vernetzungsprojekte – primär durch umfeldorientierte Ansätze aus. Westdeutsche (vor allem staatliche) Präventionsprojekte hingegen haben allgemein einen stärkeren Fokus auf ideologiebasierte Projekte. Maßgeblich hierfür dürfte vor allem die häufigere Ansiedelung der stärker ideologieorientierten islamismuspräventiven Projekte im Westen sein. Projekte in Westdeutschland arbeiten häufiger direkt mit *betroffenen* Personengruppen (Radikalisierte, deren familiäre Umfeld, aber auch Opfer extremistischer Straftaten), wohingegen in Ostdeutschland eher die *Allgemeinbevölkerung* adressiert wird. Interessanterweise zeichnet sich bezüglich der Arbeit mit Betroffenen eine weitere Besonderheit ab: Staatliche Prävention in Westdeutschland konzentriert sich vornehmlich auf das *soziale Umfeld* Radikalisierter, wohingegen staatliche Prävention im Osten stärker mit *Radikalisierten* selbst arbeitet. Für die zivilgesellschaftlichen Projekte gilt dies in genau entgegengesetzter Richtung, so dass sich allgemein ableiten lässt, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Projekte sich hinsichtlich ihrer Zielgruppenorientierung gut ergänzen.

Allgemein lässt sich festhalten, dass zivilgesellschaftliche Projekte insgesamt deutlich flexibler als die staatlichen aufgestellt sind. Sie weisen ein breiteres Portfolio an Ideen, Konzepten sowie deren didaktischer Umsetzung auf. Zwar favorisieren staatliche und zivilgesellschaftliche Prävention dieselben zentralen Ansätze in ihrer Arbeit, eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung wird jedoch deutlich: Während staatliche Prävention im Vergleich stärker auf *Vernetzung* und weniger auf *Experten-/Multiplikatoren*schulungen setzt, finden wir bei den zivilgesellschaftlichen Projekten das umgekehrte Bild. Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen fallen auch im Hinblick auf die Zielgruppen auf – während *Fachpersonal*, insbesondere aus dem Erziehungs- und Bildungssektor, die Hauptzielgruppe staatlicher Projekte ist (40%), wird von den zivilgesellschaftlichen Projekten die *Allgemeinbevölkerung* am häufigsten adressiert (31%).

Kritisch zu bewerten ist die Evaluation der Präventionsmaßnahmen: Wenngleich wissenschaftliche Begleitforschung innerhalb der Präventionspraxis üblich ist, liegen doch zu einem Großteil der untersuchten Projekte keine Informationen dazu vor, ob eine *Evaluation* geplant oder gar bereits durchgeführt ist. Vorhandene, d. h. abgeschlossene Evaluationen sind dar-

²⁰ Diese Aussage behält auch dann noch ihre Richtigkeit wenn für die zwei westdeutschen Bundesländer, aus denen nahezu keine Projekte erfasst wurden, eine im Verhältnis zur Größe und Bevölkerung des Landes stehende fiktive Anzahl an Projekten mit einkalkuliert wird.

über hinaus (auch auf direkte Nachfrage) quasi nicht einsehbar. Eine Ausnahme bildet hier die Veröffentlichung von Behn et al. (2013) zur Evaluation der Lokalen Aktionspläne sowie vereinzelt im Internet eingestellte Evaluationen zivilgesellschaftlicher Träger. Eine konkrete Beurteilung existenter Projekte wird hierdurch ebenso wie das voneinander Lernen enorm erschwert bis gar unmöglich.

Rechtsextremismusprävention macht mit 75% insgesamt den größten Anteil präventiver Bemühungen in Deutschland aus. Mit einem breiten Portfolio an bedarfsorientierten Angeboten, welche die gesamte Spannweite von universeller bis hin zu indizierter Prävention umfassen, wirkt die Rechtsextremismusprävention insgesamt gut aufgestellt und bietet Modelle für jede Lebenslage. So existieren neben klassischen Beratungskonzepten beispielsweise auch Online-Beratungen oder mobile Beratungsteams für ländliche Gegenden. Insgesamt wirkt das Angebot sehr umfangreich sowie flexibel und präsentiert sich in der Gesamtschau als solide gewachsene und über die Jahre professionalisierte Präventionsarbeit, welche sich auch als Ideengeber für die anderen Phänomenfelder eignet.

Als charakteristisch für die Rechtsextremismusprävention kann der auffallend hohe Anteil an *Vernetzungsprojekten* (33%) angeführt werden, der in den anderen Phänomenbereichen so nicht zu beobachten ist. Insbesondere in Ostdeutschland kommen Vernetzungsprojekten ganz allgemein eine zentrale Rolle zu²¹. Auch fällt auf, dass staatliche Projekte in Ostdeutschland verbreiteter sind, als dies in Westdeutschland der Fall ist, wo zivilgesellschaftliches Engagement die Projektlandschaft bestimmt.

Islamismusprävention offenbart sich als junges, innovatives und stark an Vernetzung orientiertes Feld, wobei jedoch kaum institutionalisierte Vernetzungsbestrebungen („*Vernetzungsprojekte*“) existieren. Vielmehr findet Austausch hier informell und unvermittelt statt. Mit insgesamt 14% Anteil an den insgesamt erhobenen Projekten stellt sich der Anteil islamismuspräventiver Maßnahmen zum Untersuchungszeitpunkt als unerwartet hoch dar und dürfte im weiteren Verlauf noch weiter gestiegen sein. Schwerpunktmäßig wird Islamismusprävention in Westdeutschland umgesetzt, wo auch die wesentlichen regionalen Schwerpunkte islamistischer Radikalisierung in Deutschland liegen. In Ostdeutschland konzentriert sich der Großteil der Projekte auf Berlin, was auch den dortigen Hotspot ausmacht. Abgemildert wird der Umstand einer ‚West-Orientierung‘ in diesem Präventionsbereich dadurch, dass viele der Träger auch länderübergreifend bzw. bundesweit arbeiten. Islamismusprävention weist insgesamt den stärksten konkret *kriminalpräventiven* Charakter auf – die Schwerpunkte liegen hier vor allem im Bereich selektiver und indizierter Prävention. Auch zeichnet sie sich durch eine vergleichsweise hohe *Ideologieorientierung* aus, die sich vor allem aus einer Vielzahl an Projekten zur *Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit* ergibt. Insbesondere staatliche Projekte erscheinen hinsichtlich ihrer Ziele und Ansätze hier sehr ein-

²¹ Hierbei muss berücksichtigt werden, dass jedem LAP eine nicht unerhebliche Menge an lokalen Initiativen und Organisationen anhängt, die sich konkret mit dem Themenfeld Extremismus und Radikalisierung beschäftigen. Die Tatsache, dass für Ostdeutschland eine extrem hohe Anzahl an Vernetzungsprojekten erfasst wurde, bedeutet demzufolge nicht, dort „würde nichts getan“, sondern verdeutlicht lediglich die starke (finanzielle) staatliche Förderung der Vernetzung und Beratung unterschiedlicher Stellen, die sich mit dem Thema Extremismus vor Ort auseinander setzen müssen.

seitig – Aufklärung und Sensibilisierung stehen hier allem anderen voran. Zivilgesellschaftliche Initiativen hingegen sind in ihrer Ausgestaltung sehr viel abwechslungsreicher.

Entgegen dem Anteil links motivierter Straftaten am Gesamtaufkommen der PMK (2014: 25%) nimmt **Linksextremismusprävention** mit nur 4%²² einen vergleichsweise geringen Anteil am Gesamtbestand von Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention im Beobachtungszeitraum ein. Eine tiefergehende Betrachtung der erhobenen Projekte lässt darüber hinaus deutlich werden, dass es mit Ausnahme zweier Ausstiegshilfen kaum Projekte gibt, die im Direktkontakt mit *radikalisierten Personen* arbeiten. Vielmehr wird die Linksextremismusprävention von Vortragstätigkeiten und Flyern getragen. Insgesamt wirkt das Angebot wenig konturiert und nicht sonderlich vielfältig.

Neben Projekten, die sich konkret mit einem oder mehreren der Präventionsfelder Links-, Rechtsextremismus bzw. islamistischen Extremismus befassen, existieren Projekte, die sich ganz allgemein dem Thema **Extremismusprävention** widmen (sog. *phänomenunspezifische* Projekte). Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Phänomen zivilgesellschaftlicher Projekte, welches sich vor allem im Kontext universeller Prävention verorten lässt.

²² Diese Angabe beinhaltet auch phänomenübergreifend ausgerichtete Projekte, die mitunter Linksextremismus adressieren.

5 Fazit und Ausblick

Insgesamt ergänzen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Extremismusprävention in Deutschland hinsichtlich ihrer Zielgruppen, Zielsetzungen und Arbeitsfelder wechselseitig. Wenngleich sich die Präventionslandschaft in Deutschland als innovativ und vielgestaltig zeigt, werden jedoch auch einige Schwachstellen deutlich.

Gut drei Viertel aller Projekte weist einen weitgehend *ideologieunabhängigen* Ansatz auf und entspricht somit der Erkenntnis aktueller Forschungsbefunde, der zufolge ideologische Motive bei der Radikalisierung eine eher untergeordnete Rolle zukommt (vgl. überblickartig Eilers, Gruber & Kemmesies, 2015). In der Gesamtbetrachtung der Präventionslandschaft fällt jedoch auf, dass die hingegen vielfach beschriebenen psychosozial bedingten Beweggründe nicht entsprechend gewürdigt werden – nur ein Viertel aller Projekte weist einen primär *personenorientierten* Fokus auf. Auch Projekte mit der Hauptzielgruppe *Betroffene*²³ weisen nicht zwangsläufig einen primär auf psychosoziale Hintergründe von Radikalisierungsprozessen ausgerichteten Schwerpunkt auf, wenngleich der Anteil personenfokussierender Ansätze hier naturgemäß jedoch höher liegt als bei den anderen Zielgruppen.

Mit Blick auf das Verhältnis von *politisch motiviertem Straftatenaufkommen* und Präventionsprojekten stellt sich die Frage nach dem Erfordernis einer Optimierung. Insbesondere die Gewaltprävention zum (Links-)Extremismus erscheinen in Anbetracht des Straftatenaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität intensivierungsbedürftig: Mit einem Anteil von 49% am Gesamtaufkommen politisch motivierter Gewaltkriminalität liegt linksmotivierte Gewaltkriminalität im Jahr 2014 deutlich vor rechtsmotivierter Gewaltkriminalität (31 %), wobei der überwiegende Anteil präventiver Maßnahmen sich jedoch dem Phänomenfeld Rechtsextremismus widmet (75%). Ähnliches gilt auch für die Islamismusprävention, die trotz ihres geringen Anteils am Straftatenaufkommen (1%) von 14% der hier erhobenen Projekte adressiert wird und dementsprechend einen deutlich höheren Stellenwert einnimmt, als linkspräventive Projekte, die nur von 4% der Projekte adressiert werden.

Eine Umpriorisierung im Sinne einer reinen Umverteilung zu Lasten oder zu Gunsten eines anderen Phänomenbereichs erscheint hier jedoch wenig zielführend, vielmehr bedarf es einer, etwaige regionale Besonderheiten berücksichtigende, zielgruppenorientierte und flexibel, an sich ändernde Rahmenbedingungen anpassbare Stärkung aktuell vernachlässigter Bereiche. Dabei wäre ein Ausbau verhaltensorientierter Prävention von Gewaltanwendung unabhängig vom Phänomenbereich am ehesten zu leisten und würde ggf. am meisten politische und gesellschaftliche Akzeptanz finden. Nur so bleibt vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsbewegungen und Wechselwirkungen unterschiedlicher extremistischer Strömungen gewährleistet, nicht das Risiko einer künftigen Fehlentwicklung einzugehen. Für diesen Ansatz spricht auch die bekannte Durchlässigkeit unterschiedlich orientierter extremistischer

²³ Dies beinhaltet neben Radikalisierten bzw. Radikalisierungsgefährdeten auch deren familiäres Umfeld sowie in extrem geringem Anteil auch Opfer.

Szenen. Auch fällt eine eindeutige Zuordnung zu einer Szene nicht immer leicht – insbesondere weil Übergänge, wie beispielsweise von (inländischen) links- zu ausländerextremistischen oder islamistischen Milieus, sich oft fließend darstellen.

Ein weiterer Aspekt, der durch die hier vorliegende Untersuchung deutlich wurde ist, dass mangels Verfügbarkeit von *Evaluationsergebnissen* einerseits die Qualität präventiver Maßnahmen insgesamt schwer beurteilbar ist und andererseits ein voneinander Lernen erschwert wird. Dies ist insbesondere mit Blick auf die jahrelang gewachsene Erfahrung aus der Rechts extremismusprävention bedauerlich, da deren konzeptionell breites Wissen gewinnbringend in andere Präventionsfelder transferiert werden könnte und neue Präventionsakteure sich im Feld leichter orientieren könnten. Insgesamt werden Evaluationen zwar bei einem nicht unerheblichen Anteil an Projekten durchgeführt, sie werden jedoch in aller Regel nicht veröffentlicht und sind auch auf Nachfrage hin nicht zugänglich. Es gälte daher, die Hürden zu identifizieren, die einer Veröffentlichung von Ergebnissen im Weg stehen. In Kombination mit einem Mangel an systematischen Bedarfserhebungen erweckt dieser Umstand den Eindruck, dass Extremismusprävention hierzulande Gefahr läuft, Ausdruck (tagespolitischen) Interesses zu werden und stark vom öffentlichen Druck medialer Inszenierungen zur (mutmaßlichen) Gefahr der jeweiligen Extremismen getrieben zu werden.

Als vergleichbar intransparent offenbart sich auch die praktische Umsetzung von Prävention: Im Rahmen der Untersuchung wurde deutlich, dass staatliche Förderung neben *Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit* vor allem in *Experten-/Multiplikatorenschulungen* fließt. Wie die durch Praktiker dort gewonnenen Erkenntnisse schließlich in die Praxis umgesetzt werden, ist hingegen nicht ohne weiteres nachzuvollziehen. Der Qualität und der praxisorientierten Ausgestaltung solcher Schulungen sollten daher besondere Bedeutung beigemessen werden und Lehrkräften auch über die Veranstaltung hinaus Angebote zur Begleitung von Fällen unterbreitet werden. Hinzukommend erscheint eine systematische Untersuchung des praktischen Outputs von Experten-/Multiplikatorenschulungen erforderlich, um etwaige Schwachstellen aufzudecken, die bei der Übertragung des dort Vermittelten in die Praxis entstehen können. Hierbei gälte es, sowohl die Handlungskompetenz der Multiplikatoren, als auch den Inhalt und die didaktische Ausgestaltung von Schulungsmaßnahmen zu reflektieren. In der vorliegenden Untersuchung fällt in diesem Kontext beispielsweise auf, dass das Thema *Medienkompetenz* selten Schwerpunktthema ist, wohingegen Experten aus Theorie und Praxis die Relevanz sozialer Netzwerke, mobiler Endgeräte und des Internets herausstellen (Rieger et al. 2013; Dienstbühl & Weber 2014; Knipping-Sorokin, Stumpf & Koch 2016; Bundeskriminalamt et al. 2016).

Des Weiteren stellt sich die Frage, wie sich die ausgeprägte *Ideologiefokussierung* im Bereich islamistischer Prävention interpretieren lässt. Handelt es sich hierbei um das Resultat eines noch verhältnismäßig jungen Extremismusphänomens, mit einer so ‚fremd‘ erscheinenden ideologischen Grundlage, dass sich die (Fach-)Öffentlichkeit diese zunächst erschließen muss? Oder spielt Ideologie im jüngsten Geschehen islamistisch geprägter Radikalisierungsprozesse tatsächlich eine größere Rolle als in anderen extremistischen/radikalen Umfeldern?

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Präventionslandschaft zum Thema Extremismus in Deutschland sehr weit gefächert ist und ein über Jahre gewachsenes breites Portfolio an Angeboten entstanden ist. Es wurden im Verlaufe dieser Teiluntersuchung einige Fragen aufgeworfen – etwa zur Rolle der Linksextremismusprävention, der Bedeutung von *Multiplikatoren*schulungen sowie der Verfügbarkeit von *Evaluationsergebnissen* – denen bei der noch ausstehenden Expertenbefragung nachgegangen wird. Diese hat vor allem auch zum Ziel, die erfolgten Analysen zu konkreten Handlungsempfehlungen und Impulsen für eine Optimierung der Präventionslandschaft zu verdichten.

LITERATURVERZEICHNIS

- AG PRIMÄRE PRÄVENTION VON GEWALT GEGEN GRUPPENANGEHÖRIGE – insbesondere: junge Menschen [o. A.] Einführung und Empfehlungen – Kurzfassung. Deutsches Forum Kriminalprävention (Hg.).
- BEELMANN A [2013] Entstehung und Prävention von Rechtsextremismus. Vortrag zur Tagung „Aktiv gegen Rechtsextremismus“ Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein am 17. Januar 2013 in Kiel.
- BEHN S, BOHN I, KARLICZEK K-M, LÜTER A, STRÄTER T [2013] Lokale Aktionspläne für Demokratie: Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Juventa Verlag.
- BUNDESKRIMINALAMT, BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ, HESSISCHES INFORMATION- UND KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS [2015] Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind. Quelle: https://www.bka.de/nr_231072/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/SonstigeVeroeffentlichungen/2015AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html (13.04.2016)
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN [2015] Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2014. Bundesweite Fallzahlen.
- DER POLIZEIPRÄSIDENT BERLIN [2015] Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2014. Polizei Berlin.
- DEUTSCHER BUNDESTAG [2015] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Irene Mihalic, Monika Lazar, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –Drucksache 18/5356 – Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland im Jahr 2014. Bundesanzeiger Verlag.
- DIENSTBÜHL D, WEBER M [2014] Rekrutierung im Cyberspace. Wie Extremisten das Internet nutzen, in: Journal Exit - Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 2, 35-45.
- EILERS F, GRUBER F, KEMMESIES U [2015] Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG). Modul II - Literaturanalyse. Bundeskriminalamt (Hg.).
- GRUBER F, LÜTZINGER S, KEMMESIES U [2016] Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft (2014/2015). Bundeskriminalamt (Hg.).
- JOHANSSON S [2012] Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in den Feldern Pädagogik, der Beratung und Vernetzung: eine kurze Begriffseinordnung und -abgrenzung. BKnet - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus.

- KOPP A, BETZ M [2007] Abschlussbericht zum Projekt „Analyse der Entwicklungsverläufe von jugendlichen Gewalttätern mit rechtsextremer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Tatmotivation und Schlussfolgerungen für die Optimierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen“. Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. (Hrsg.).
- KNIPPING-SOROKIN R, STUMPF T, KOCH G [2016] Radikalisierung Jugendlicher über das Internet? Ein Literaturüberblick. Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI).
- LÜTZINGER, S [2010] Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Wolters Kluwer, Köln.
- MEIER B-D [2010] Kriminologie, 4. Auflage. München, §10 Rn. 17.
- PREISER S [o. A.] Politisch motivierte Gewalt – Die Vielfalt der Ursachen und Gegenstrategien. Quelle: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/14_EK_III/Vortraege/Vortrag_Preiser.pdf (15. März 2015).
- RIEGER D, FRISCHLICH L, BENTE G [2013] Propaganda 2.0. Psychological effects of right-wing and Islamic extremist Internet videos. Köln: Luchterhand.
- STEFFEN W [2014] Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft. Gutachten für den 19. Deutschen Präventionstag. Deutscher Präventionstag (Hg.): Heilgenberg/München.
- STEFFEN W [2011] „Solidarität leben – Vielfalt sichern“ – Moderne Gesellschaften und Kriminalität. Der Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität. Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag. In: STEFFEN W/ MARKS E (Hg.): Solidarität leben - Vielfalt sichern. Ausgewählte Beiträge des 14. Dt. Präventionstags. Forum Verlag.
- WAGNER U, CHRIST O, DICK R van [o. A.] Materialsammlung: Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention im Bereich Hasskriminalität unter besonderer Berücksichtigung präventiver Maßnahmen. Deutsches Forum Kriminalprävention (Hg.).

WEITERE QUELLEN

BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Gefahr von Links? [2016] Quelle: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8418>

BUNDESFÖRDERPROGRAMM „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

Quelle: <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/> (07. April 2016).

DESTATIS – STATISTISCHES BUNDESAMT

Pressemitteilung Nr. 353 vom 24.09.2015 „81.2 Millionen Einwohner am Jahresende 2014 – Bevölkerungszahlen durch hohe Zuwanderung KORREKTUR im 3. Absatz“, Quelle: http://destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15_353_12411.html (19. April 2016).

LANDESPOLIZEI MECKLENBURG-VORPOMMERN

Pressemeldung Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2014 in Mecklenburg-Vorpommern [2015], Quelle: http://www.polizei.mvnet.de/cms2/polizei_prod/polizei/de/oeff/Pressemitteilungen/Aktuelle_Pressemitteilungen/index.jsp?&pid=98605 (20. April 2016).

MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBAND SÜDWEST

JIM-Studie 2016. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-jähriger.

Quelle: http://www.miz.org/downloads/dokumente/843/2016_JIM_Studie.pdf (5. April 2017)

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR KOMMUNALES BRANDENBURG (MIK)

„16.03.2015 Politisch motivierte Kriminalität gestiegen | Nr. 014/2015“, Quelle: <http://mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.392458.de> (18. April 2016).

MINISTERIUM FÜR INNERES UND SPORT SACHSEN-ANHALT

Pressemitteilung 010/2015 – Politisch motivierte Kriminalität – Weiterer Rückgang der Fallzahlen. Quelle: <http://presse.sachsen-anhalt.de>, letzter Zugriff über Webcache (20. April 2016).

ONLINE-ENZYKLOPÄDIE FÜR PSYCHOLOGIE UND PÄDAGOGIK

<http://lexikon.stangl.eu/593/resilienz/> (11. April 2017).

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN

Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/3883, Politisch motivierte Kriminalität (PMK) in Sachsen 2014 und 2015 [2016] Az. 33-0141.50/9487

Quelle: <https://kleineanfragen.de/sachsen/6/3883-politisch-motivierte-kriminalitaet-pmk-in-sachsen-2014-und-2015> (20. April 2016).

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR INNERES UND KOMMUNALES

Medieninformation 46/2015: Thüringen weiterhin eines der sichersten Länder der Bundesrepublik – Innenminister stellte Kriminalstatistik und die Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität vor. Quelle: <http://www.thueringen.de/th3/tmik/aktuelles/presse/83661> (20. April 2016).

ANHANG A - Angeforderte Informationen zu Einzelmaßnahmen

Rahmenbedingungen des Programms/Projekts

- Präventionsgegenstand? Welchem konkreten Verhalten soll vorgebeugt, welches gefördert werden?
(z.B.: rechtsmotivierte Gewalt, Loslösung von kriminellen, islamistischem Milieu)
- Wie lautet der Programm-/Projektname?
- Wie lautet ggf. der Name des übergeordneten Programms (z.B.: BMI „Zusammenhalt durch Teilhabe“)
- Sonstige beteiligte Institutionen (z.B.: Jugendamt „XY“, Polizeidienststelle „XY“, Verein „XY“, Schule „XY“, Straftatlassenenhilfe „XY“)
- Gesamtangebotszeitraum (z.B.: 01.01.11 - 31.12.12, einmalige Verlängerung - 30.06.13)
- Programm-/Projektstatus (z.B.: Pilot 3 Jahre, Nachfolge-/ Aufbauprogramm zu „XY“)
- Wie gestaltet sich die Finanzierung? Wie hoch sind die anfallenden Kosten? (z.B.: Fremdmittel Bund 5.000€ vom 01.01.11 bis 31.12.2011 danach Eigenmittel 7.500€ / Kosten 590€ pro Teilnehmer / etc.)
- Anzahl und Qualifikation Mitarbeiter (z.B.: 1x Polizist, 2x Sozialpädagogen, 1x Aussteiger)
- Erfolgte eine programmspezifische Aus- oder Weiterbildung für das Programm? (z.B.: didaktische)
- Fortbildung, Einweisung, Mentoring, Supervision etc. / praktische Erfahrung durch „XY“ vorhanden)
- Wo wird das Programm angeboten (z.B.: landesweit, nur Stadtteil „XY“, nur Schule „XY“)
- Wo wird das Programm umgesetzt (z.B.: bundesweit, nur Landkreis „XY“)
- Kompatibilität (z.B.: mit politischem Konzept „XY“, schulpolitischen Initiative „XY“)

Informationen zur Zielgruppe

- Zielgruppe (z.B.: pot. Delinquent, Opfer, Familie, Lehrer als Multiplikator, Imam, JVA-Mitarbeiter)
- Eigenschaften der Zielgruppe (z.B.: Alter, Schulabschluss, ideologische Prägung, soziale Problemlage)
- Wie wird der Kontakt zur Zielgruppe hergestellt und weiterhin gewährleistet? (z.B.: Bewährungshelfer, Kontaktbereichsbeamter, Eltern, Klassenverband, Öffentlichkeitsarbeit, Pflichtangebot)
- Inwieweit ist eine Problemanalyse erfolgt? (z.B.: Ist-Stand, Soll-Stand, Gefährdung Zielgruppe)

Methodischer Ansatz

- Wie gestaltet sich die Durchführung? (z.B.: Einzelmentoring, Gruppenrollenspiel, Frontalunterricht)

- Welchen Ansatz verfolgt das Programm? (z.B.: Auseinandersetzung mit Ideologie, sozialstrukturelle Probleme, praktische Lebenshilfe, Wertevermittlung freiheitliche Demokratie)
- Wo findet das Programm statt? (z.B.: Vereinsheim „XY“, Rathaus „XY“, Polizeidienststelle „XY“)
- Wie ist das Programm konzeptioniert? (z.B.: offen, strukturiert, Anpassung möglich/durchgeführt)
- Anwendungsdauer der jeweiligen Einzelmaßnahme (z.B.: Modul I, 4 x 2 Stunden)

Evaluation, falls zutreffend

- Art der Evaluation? (z.B.: Zufriedenheitsmessung, Prä-/ Posterhebung, Prozessevaluation, Wirkevaluation)
- Durch wen ist die Evaluation erfolgt?

Sonstiges

- Wie schätzen Sie die Übertragbarkeit Ihrer Maßnahme auf andere Phänomenbereiche ein? (z.B.: Modul 2 „Demokratiestärkung“ auch für Linksextremismusprävention geeignet, weil.../ mit der Anpassung, dass...)
- Eventuelle Besonderheiten der Maßnahme

ANHANG B – Fragenkatalog Nacherhebung

Erhebungsbogen Präventionslandschaft (Modul III)

PÜG – Modul III - Erhebungsbogen Vers.3.0 , Stand: 03.08.2015

ID Nr.

Projektname

Trägerschaft

1 Staatlich 2 Zivil

Präventionsgegenstand

Mehrfachauswahl möglich

- 1 Rechtsextremismus
- 1 Linksextremismus
- 1 Islamismus/Salafismus
- 1 nicht näher spezifiziert (z. B. „Alle Formen von Extremismus“)
- 1 Sonstiges (z. B. PKK)
- 99 k. A.

Soziostrukturelle Einordnung

- 1 Person(en)
- 2 Umfeld
- 3 Ideologie
- 4 Sonstiges

Formulierte Ziele *Mehrfachauswahl möglich*

Thematisierung

- 1 Aufklärung / Sensibilisierung
(z.B. polit./hist. Bildungsarbeit, Bekanntmachen des Salafismus)

Resilienz/Schutzfaktoren

- | | |
|--|--|
| 1 <input type="checkbox"/> Toleranzförderung | 1 <input type="checkbox"/> Interkulturelle Kompetenz |
| 1 <input type="checkbox"/> Medienkompetenz fördern | 1 <input type="checkbox"/> Stärkung lokaler Akteure |
| 1 <input type="checkbox"/> Identitätsarbeit
(z.B. auch Identifikation mit dem Stadtteil...) | 1 <input type="checkbox"/> Sonstige Resilienzförderung |

Teilhabe/Partizipation

- | | |
|--|---|
| 1 <input type="checkbox"/> Demokratieförderung | 1 <input type="checkbox"/> Zivilcourage fördern |
| 1 <input type="checkbox"/> Politische Teilhabe /Engagement fördern | 1 <input type="checkbox"/> Zivilgesellschaftlich Teilhabe/ Engagement fördern |

Förderung informeller Vernetzung

- 1 Selbsthilfegruppen / Austausch

De-Radikalisierung

- | | |
|--|---|
| 1 <input type="checkbox"/> De-Radikalisierung (Verhalten und/oder Einstellung) | 1 <input type="checkbox"/> Fremdenfeindlichkeit/ Antisemitismus abbauen |
|--|---|

Gewalt / Pol. mot. Kriminalität (PMK)

- | | |
|--|---|
| 1 <input type="checkbox"/> Gewaltprävention (allgemein) | 1 <input type="checkbox"/> Gewaltprävention (PMK-G) |
| 1 <input type="checkbox"/> Sonstige PMK prävenieren (z. B. Propaganda) | |

Sonstiges

- 1 Sonstiges:

Zuständigkeitsbereich (Land, Bund, Kommune):

1 <input type="checkbox"/> BB	2 <input type="checkbox"/> BE	3 <input type="checkbox"/> BW	4 <input type="checkbox"/> BY
5 <input type="checkbox"/> HB	6 <input type="checkbox"/> HE	7 <input type="checkbox"/> HH	8 <input type="checkbox"/> MV
9 <input type="checkbox"/> NI	10 <input type="checkbox"/> NW	11 <input type="checkbox"/> RP	12 <input type="checkbox"/> SH
13 <input type="checkbox"/> SL	14 <input type="checkbox"/> SN	15 <input type="checkbox"/> ST	16 <input type="checkbox"/> TH
17 <input type="checkbox"/> BUND	18 <input type="checkbox"/> KOMMUNE		

PLZ vom Ausführungsort

Wo wird/wurde das Projekt angeboten?

- 1 kommunal
- 2 im Kreis / Regionalverbund
- 3 landesweit
- 4 in vereinzelt Bundesländern
- 5 bundesweit (hierunter auch: Internet)
- 6 sonstiges
- 99 k. A.

Hauptzielgruppe(n)

Mehrfachauswahl möglich

- 1 Auffällige Personen/Gruppen
- 1 Mitbetroffene (z. B. Familie, unmittelbares soz. Umfeld, Peers)
- 1 Unauffällige Personen / Allgemeinbevölkerung
- 1 Opfer
- 1 Potentielle Opfer
- 1 Fachpersonal aus Erziehungs- und Bildungssektor
- 1 Fachpersonal aus Sicherheitsbehörden
- 1 Fachpersonal aus JVAen
- 1 Fachpersonal aus religiösen Gemeinschaften (z. B. Imame, Pfarrer)
- 1 Sonstige Engagierte aus religiösen Gemeinschaften
- 1 Politische, behördliche und/oder zivile Akteure
(z. B. Bürgermeister, Sozialdezernent, Elternvertreter an Schule)
- 1 Sonstiges
- 1 k. A.

Arbeit mit der Zielgruppe...

Mehrfachauswahl möglich

- 1 direkt (persönlich / face-2-face)
- 1 über interaktive Medien (z. B. Online-Live-Beratung, Telefonseelsorge, Youtube-Kanal, Facebook, Blog)
- 1 über statische Medien (z. B. Flyer, Film auf DVD)
- 1 Sonstiges:

Zentrale Ansätze des Projekts

Mehrfachnennung möglich

- 1 Praktische Lebenshilfe/ Beratung
- 1 Informationsvermittlung
- 1 Kontaktvermittlung Hilfsangebot (z.B. über Telefonhotline)
- 1 Internetbasierte Datenbank zu Präventions-/Hilfsangeboten
- 1 Vernetzung („Netzwerk“, Expertenrunden, Zusammenbringen von betroffenen Eltern)
- 1 Experten-/Multiplikatoren-schulung
- 1 Projektarbeit/Mitmachaktionen
- 1 Sonstiges:

- 1 k. A.

Art der Evaluation

Mehrfachnennung möglich

- 1 keine Evaluation (geplant)
- 1 Evaluation geplant (noch nicht näher beschrieben)
- 1 Zufriedenheitsmessung
- 1 Prä-/Posterhebung
- 1 Prozessevaluation
- 1 Wirkevaluation
- 1 Sonstiges:

- 1 k. A.

Durch wen wurde (wird) das Projekt evaluiert?

- 0 keine Evaluation (geplant)
- 1 Eigenevaluation
- 2 Fremdevaluation
- 99 k. A. / durchführendes Institut nicht bekannt

Ergebnis der Evaluation

- 0 (noch) keine fachkompetente Evaluation erfolgt
- 1 Projekt zielführend
- 2 in Teilen zielführend
- 3 unzureichend / nicht zielführend
- 99 k. A.

Art der Prävention

Mehrfachauswahl möglich

- 1 Universelle Prävention
- 1 Selektive Prävention
- 1 Indizierte Prävention
- 1 Bewertung nicht möglich / unklar
- 1 k. A.

Eventuelle Besonderheiten der Maßnahme: